



Plenarprotokoll

43. Sitzung

Kiel, Freitag, 19. Oktober 2001

Bahnpolitisches Konzept für das Land Schleswig-Holstein	3219	Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1293 (neu)	
Landtagsbeschluss vom 13. Juli 2001 Drucksachen 15/971 und 15/1061			
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1176		Andreas Beran [SPD], Berichterstatter...	3229
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	3219	Werner Kalinka [CDU]	3230
Uwe Eichelberg [CDU]	3222	Arno Jahner [SPD]	3231
Gerhard Poppendiecker [SPD]	3224	Dr. Heiner Garg [FDP]	3233, 3236
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]	3225	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3234
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	3226	Lars Harms [SSW]	3235
Lars Harms [SSW]	3228	Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz.....	3236
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung.....	3229	Beschluss: 1. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 15/918 2. Annahme des Antrages Drucksache 15/1293 (neu)	3237
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Notfallrettung und den Krankentransport (Rettungsdienstgesetz - RDG)	3229	Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung	3237
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/918		Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1263	
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 15/1266 (neu)		Sylvia Eisenberg [CDU].....	3237
		Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]	3239
		Dr. Ekkehard Klug [FDP]	3240
		Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3241
		Anke Spoorendonk [SSW].....	3242

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz.....	3243	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/1296	
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss.....	3244	Monika Schwalm [CDU], Berichterstatterin.....	3253
Daughter's Day	3244	Beschluss: Ablehnung.....	3253
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1248		Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung des automatisierten Datenabgleichs	3254
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP].....	3244	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1267	
Birgit Herdejürgen [SPD].....	3246	Änderungsantrag des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] Drucksache 15/1277	
Ursula Sassen [CDU].....	3247	Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1288 (neu)	
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	3248	Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/1289	
Anke Spoorendonk [SSW].....	3250	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 15/1295	
Uwe Greve [CDU].....	3251	Monika Schwalm [CDU], Berichterstatterin.....	3254
Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie.....	3251	Beschluss: Verabschiedung.....	3254
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss.....	3253	Sicherung der Versorgung der schleswig-holsteinischen Bauwirtschaft mit dem Rohstoff Kies	3254
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landesdisziplinarordnung	3253	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1250	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1228		Beschluss: Annahme.....	3254
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	3253	Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in die Veräußerung der in den Anlagen 1 und 2 bezeichneten Liegenschaften zu den dort genannten Werten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale	3254
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Zweiten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens in Norddeutschland	3253	Antrag der Landesregierung Drucksache 15/1255	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1245		Beschluss: Annahme.....	3254
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 15/1298		Wellness- und Gesundheitstourismus-Standort Schleswig-Holstein	3254
Andreas Beran [SPD], Berichterstatter...	3253	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1261	
Beschluss: Verabschiedung.....	3253		
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes	3253		
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/1257			

Beschluss: Annahme 3254

Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein..... 3254

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1262

Beschluss: Annahme 3254

Auswirkungen der Änderung des Kindertagesstättengesetzes..... 3255

Landtagsbeschluss vom 14. Juli 2000
Drucksache 15/242

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1175

Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss 3255

Entwicklung der Nebentätigkeiten nach § 85 c des Landesbeamtengesetzes und Erfahrungen der Landesverwaltung mit der Neuregelung des Nebentätigkeitsrechts 3255

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1256

Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss 3255

* * * *

Regierungsbank:

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10:01 Uhr

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie zum letzten Tag unserer Landtagstagung im Oktober. Ich bitte Sie, so bald wie möglich Platz zu nehmen. Auf der Tribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer der Bertolt-Brecht-Schule aus Büdelsdorf. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich gebe bekannt: Erkrankt sind Frau Abgeordnete Jutta Scheicht, Frau Abgeordnete Roswitha Strauß und Herr Abgeordneter Rainer Wiegard.

(Heinz Maurus [CDU]: Da sitzt er!)

- Dann wurde das falsch gemeldet. Ich freue mich, dass er wieder gesundet ist. Allen anderen wünschen wir eine ähnlich schnelle Gesundung.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Kollegen Hans-Jörn Arp, Peter Lehnert und Caroline Schwarz. Wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene sind die Ministerpräsidentin, die Kultusministerin und der Finanzminister beurlaubt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Bahnpolitisches Konzept für das Land Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluss vom 13. Juli 2001
Drucksachen 15/971 und 15/1061

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/1176

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Professor Dr. Rohwer, das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben in diesem hohen Hause immer wieder gemeinsam zu Recht festgestellt: Wenn wir den Standort Schleswig-Holstein für die Zukunft fit machen wollen, dann gehört dazu an vorderster Front die weitere Verbesserung der Verkehrsanbindungen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir setzen dabei nicht nur auf einen Verkehrsträger, sondern auf eine integrierte Strategie. **Schleswig-Holstein** braucht auf allen Wegen - Straße, Schiene, Wasser und Luft - **optimale Verkehrsanbindungen**.

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Nur wenn wir all diese Verkehrsträger mit ihren jeweiligen Stärken ausbauen, können wir die weiteren Verkehrszuwächse auffangen und den ansonsten drohenden Verkehrskollaps vermeiden.

Der Bahn kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir in Schleswig-Holstein die Chancen des **Verkehrsträgers Bahn** noch nicht hinreichend nutzen. Bei allem Verständnis für das Ziel einer wirtschaftlich operierenden Deutschen Bahn: Bei vielen Entscheidungen der Deutschen Bahn in den letzten Jahren sind Chancen für mehr Verkehr und mehr Kunden auf der Schiene vertan worden.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

In den letzten Monaten gibt es leichte Korrekturen. Ich hoffe sehr, dass sich bei dem, was sich bezüglich der neuen Überlegungen zum Fernverkehr bei der DB abzeichnet, die offensiven Gestalter, die auf die Märkte der Zukunft setzen, gegenüber den Skeptikern in diesem Bereich durchsetzen. Schleswig-Holstein setzt jedenfalls mit Erfolg auf die Zukunft der Schiene.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU] und Joachim Behm [FDP])

Wir haben uns dafür klare Ziele gesetzt. Dort, wo wir selbst entscheiden, haben wir auch schon eine Menge erreicht. Wir setzen auf einen attraktiveren **Schiennahverkehr**, was vor allem schnellere Verbindungen, moderne Haltepunkte, höhere Pünktlichkeit, verlässliche Anschlüsse, übersichtliche und attraktive Tarifstrukturen, kundenfreundlichen Service und Präsenz in der Strecke bedeutet. Wir setzen auf mehr Wettbewerb. Wir setzen auf Sanierung, Modernisierung und Ausbau des Schienennetzes. Wir tun alles uns Mögliche, um die Fernverbindungen von und nach Schleswig-Holstein zu halten und - wo möglich - auszubauen. Wir unterstützen und fördern Maßnahmen zur Verlagerung von Güterverkehren auf die Bahn.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass diese Fünf-Säulen-Strategie richtig ist, zeigen unsere Erfolge. Wir haben 15 % mehr Zugkilometer und wir haben am Ende des Jahres 2001 voraussichtlich 24 % - also rund ein Viertel - mehr Fahrgäste als 1995. Diese Zahlen zeigen auch, dass die besseren Nahverkehrsangebote, die wir inzwischen machen können, von den Kunden angenommen werden.

Dass die Strategie richtig ist, zeigt aber auch etwas anderes. Der **Wettbewerb im Schiennahverkehr** zahlt sich aus. Neue Anbieter erhöhen die Qualität und setzen auch die Platzhirsche unter Druck. Die Erfolgsbilanz, die vorgestern von der NOB verkündet wurde, ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, was möglich ist, wenn aktive Unternehmen vor Ort die Dinge gestalten und sie nicht in schwerfällige Konzernstrukturen eingebunden sind.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch der Ausbau des Schienennetzes kommt in Schleswig-Holstein voran. Bei der Elektrifizierung der Strecke Lübeck-Travemünde-Hamburg werden jetzt die ersten Planfeststellungsbeschlüsse vorbereitet. Wir kommen im Planungsverfahren schön voran. Bei der Reaktivierung der Strecke Neumünster-Bad Segeberg gab und gibt es leider Verzögerungen, die für mich übrigens wiederum ein Beleg dafür sind, dass es besser ist, Entscheidungen vor Ort zu treffen, statt wieder in Konzernstrukturen zu operieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe trotzdem, dass wir unser Ziel erreichen, spätestens zum Fahrplanwechsel Ende nächsten Jahres einen vollständigen und guten Verkehr auf der Strecke Neumünster-Bad Segeberg zu erreichen. Ich werde alles dafür tun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Ich nenne aber auch die anderen Maßnahmen, von denen Sie wissen, dass wir sie mit Hochdruck vorantreiben: Ausbau der AKN-Strecke, Beschleunigung der Strecke Kiel-Lübeck - wir haben darüber informiert - und Sanierung der Hochbrücken. Hier passiert endlich etwas. Leider gibt es immer noch Verzögerungen bei der Beseitigung des Engpasses zwischen Pinnerberg und Elmshorn. Hier mahne ich dringend an, dass die Deutsche Bahn ihre Entscheidung nicht bis zur Entscheidung über die feste Fehmarnbelt-Querung hinauszögert. Wir müssen dafür kämpfen, dass beide Korridore gleichberechtigt und schnell ausgebaut werden.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Christel Aschmoenit-Lücke [FDP])

Bei den **Fernverkehrszuganbindungen** konnten wir Schlimmeres verhindern. Ich hoffe, wir haben die Deutsche Bahn jetzt so weit, dass sie die ICE- und IC-Verbindungen nicht weiter infrage stellt. Das sieht in der Tat im Moment so aus. Wir müssen natürlich wei-

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

ter fordern, dass die Verbindungen, die wir jetzt haben, bestehen bleiben. Ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Wenn die Bahn meint, die InterRegios, die jetzt noch in Schleswig-Holstein fahren, abschaffen zu müssen, dann werden wir sehr stark dagegenhalten. Ich denke hier an das Beispiel Flensburg. Für den Fall, dass die Deutsche Bahn das tut, werden wir alles tun, um einen leistungsfähigen Wettbewerber - Sie wissen, dass es inzwischen mehrere Angebote gibt - aktiv zu unterstützen, damit diese Verkehre übernommen werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW sowie der Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Bei der **Verlagerung von Güterverkehren** auf die Schiene geht es - das muss man leider so feststellen - am langsamsten. Die Strategie MORAC halte ich für problematisch, auch wenn man sie aus Sicht der DB AG nachvollziehen kann. Allerdings ist sie, wie sich inzwischen herausstellt, in einigen Bereichen auch eine Chance. Wir haben inzwischen - Sie sind zum Teil darüber informiert, soweit Sie regional betroffen sind - in einer Vielzahl von Gesprächen erreicht, dass Private in Schleswig-Holstein die Anschlüsse übernehmen und zu interessanteren Konditionen für Unternehmen anbieten als die alte Bahn und diesen Service auch schneller erbringen. Diese Chance müssen wir weiter nutzen, meine Damen und Herren. Ich werde alles dafür tun, dass dies geschieht.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Insgesamt ziehe ich eine positive Zwischenbilanz, sage aber auch: Es gibt noch einiges zu tun. Es wird aber auch schon kurzfristig und insbesondere im nächsten Jahr ganz wichtige Fortschritte für den Bahnverkehr in Schleswig-Holstein geben, zu allererst mit unserem neuen integralen Taktfahrplan, der Ende nächsten Jahres in Kraft treten soll und der bedeuten wird, dass wir noch mehr Strecken in Schleswig-Holstein befahren, dass wir dichtere Takte haben, dass wir mehr Haltepunkte haben, dass wir nochmals verbesserte Wagenqualitäten realisieren werden.

In diesem Zusammenhang ist nach Vorlage des Berichts noch einiges passiert. Insoweit kann ich über eine neue Entwicklung, nämlich darüber berichten, dass wir bei der Einigung der Bundesländer über den künftigen **Verteilungsschlüssel der Regionalisierungsmittel** sehr gut abgeschnitten haben. Wir haben mit dem Bund noch nicht das Gesamtvolumen ausgehandelt; aber der Verteilungsschlüssel ist ja schon ein ganz wichtiger Punkt. Wenn wir alles so hinkommen, wie wir das meinen, sind wir, was die Regionalisierungsmittel angeht, für die neuen Verkehre, die wir

zusätzlich bestellen wollen, gut gewappnet. Ich glaube, dies ist ein guter Erfolg für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, zweitens wollen wir im nächsten Jahr, wie Sie wissen, den **Hamburger Verkehrsverbund** erweitern. Die Hausaufgaben sind alle gemacht. Die Verträge liegen praktisch unterschriftsreif in Hamburg vor. Einige kleine, spezielle Punkte sind noch nicht geklärt, so zum Beispiel was die AKN-Strecke und was den Haltepunkt in Ahrensburg angeht. Das können keine entscheidenden Punkte sein, um diese Verbesserung zu verhindern. Dies alles liegt, wie gesagt, unterschriftsreif in Hamburg. Ich hoffe nur, dass auch mit der neuen Konstellation in Hamburg eine zügige Unterschrift möglich ist. Als ich das Wahlprogramm der Schill-Partei gelesen habe, die künftig angeblich den Verkehrssenator stellen soll, habe ich dazu leider nichts gefunden. Ich hoffe sehr, dass der zuständige Senator zumindest weiß, worum es bei diesem Thema geht.

(Werner Kalinka [CDU]: Na, na!)

Wir werden einen neuen, übersichtlicheren und attraktiven Schleswig-Holstein-Tarif einführen. Wir werden bei den Verhandlungen mit der Deutschen Bahn Druck ausüben, die Fernzugverbindungen aufrechtzuerhalten. Wir bereiten zurzeit einen Ausschreibungsfahrplan vor. Meine Damen und Herren, da ich davon ausgehe, dass Sie auch hierzu eine Information haben wollen, möchte ich diese gerne geben.

Meine Aussage steht, in den nächsten zehn Jahren **alle Schienennetze** in Schleswig-Holstein in den **Wettbewerb** zu stellen. Dieser Ausschreibungsfahrplan ist bei uns intern fertig gestellt. Allerdings gibt es kommunizierende Röhren. Was wir ausschreiben und wie wir es ausschreiben, hängt auch damit zusammen, welche Verträge wir mit der DB über den Rest, also über das, was wir nicht sofort, sondern später ausschreiben, schließen können. Natürlich versuchen wir, bei diesen Verhandlungen das Beste für Schleswig-Holstein herauszuholen. Sie werden verstehen, dass hier taktische und strategische Punkte miteinander verwoben sind. Außerdem müssen wir sicher sein, dass sich auf die Ausschreibungen, die wir durchführen, interessante Bewerber melden. Dazu ist eine Reihe von Gesprächen erforderlich, die wir führen, bevor wir uns in Ausschreibungen begeben.

Das läuft zurzeit. Ich gehe davon aus, dass wir unseren Ausschreibungsplan bis Ende November veröffentli-

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

chen und dann auch sehr zügig weiter ausschreiben werden,

(Beifall des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

sodass wir die Erfolgsstory der NOB in Schleswig-Holstein schrittweise fortführen und erweitern können.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie noch gestatten, Herr Präsident, eine letzte Bemerkung zum Thema Task-Force-Ergebnis, **Unabhängigkeit von Netz und Betrieb**. - Wir werden die Ergebnisse der Task Force sehr genau prüfen. Die Einzelheiten sind noch gar nicht alle bekannt. Das haben wir auch bei der Verkehrsministerkonferenz gesagt. Ein Punkt ist für Schleswig-Holstein besonders wichtig, dass wir nämlich künftig auch aufgrund einer Initiative von uns die Möglichkeit haben werden, ausgewählte Regionalstrecken langfristig zu pachten, und zwar zu Bedingungen, bei denen wir von der Bundesregierung erwarten, dass sie die Unterhaltungsaufwendungen wie bisher voll übernimmt. Wenn wir das umsetzen können, wird es uns gelingen, interessante weitere Strecken - ich will im Moment keine Namen nennen - vor Ort in den Betrieb zu übernehmen und selbst zu entscheiden, wie wir ausschreiben, ohne Sanktionen, die von Dritten und vor allem von der Bahn ergriffen werden können. Das wäre ein erheblicher Fortschritt. Ich bitte Sie auch insoweit um Ihre Unterstützung.

Ich glaube insgesamt sagen zu können: Die Weichen für das Bahnland Schleswig-Holstein sind richtig gestellt. Wir sind auf einem guten Wege. Wir haben noch einige Arbeit vor uns, aber wir sind für die nächsten Schritte gut gerüstet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache. Für den Antragsteller, die CDU-Fraktion, hat der Abgeordnete Uwe Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Rohwer, Ihr mündlicher Bericht weicht ganz erheblich von dem schriftlichen Bericht ab, den wir vorgelegt bekommen haben.

Ich muss sagen, ich war sehr enttäuscht. Als ich den schriftlichen Bericht durchgearbeitet habe, habe ich gedacht: Das ist eher ein Besinnungsaufsatz, als dass

man daraus strukturelle Festlegungen für die Zukunft erkennen könnte. Ich meinte, dieser sei wohl eher eine Beruhigung als eine Analyse für die Zukunft. Denn es fehlt der echte Bezug auf die Problemstellung, die uns die Bundesbahn durch MORAC und MORAP aufgibt, und rein nichts darin lässt erkennen, wie wir durch handfeste Analysen strukturiert vorgeben können, wie eine Konzeption für die Zukunft aussehen kann und wie wir sie dauerhaft finanzieren können.

Das war eigentlich die größte Enttäuschung, die ich dabei empfunden habe. Denn Sie wissen ja, dass wir Sie auf Ihrem Weg in die **Bahnstrukturen** und in die **Zukunft** immer begleitet haben und auch weiterhin begleiten wollen. Wir haben das Gefühl, dass Sie die richtigen Ansatzpunkte verfolgen. Aber der Bericht war doch enttäuschend.

Herr Minister, ich meine nicht, dass es nützt, immer wohlgefällig, wenn auch innerlich zornig, nach Berlin und nach dem zu schauen, was Herr Mehdorn macht. Eigentlich müsste der Bundesverkehrsminister und müssten alle Landesverkehrsminister einmal auf den Putz hauen und sagen: Es gibt einen Paragraphen im Grundgesetz, der festlegt, wie **Bundesfernverkehr** und **Bundesgüterverkehr** zu regeln sind. Insoweit muss man auch einmal mit einer Klage drohen. Denn das, was uns zugemutet wird, ist nicht hinnehmbar. Da muss ich sagen: Gut gebrüllt, Hauskatze. Anders kann man das, was wir hier tun, wirklich nicht bezeichnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich freue mich über das, was mit den **Regionalisierungsmitteln** an Leistungen im Lande erbracht wurde. Nur, meine Damen und Herren, der Bundesverkehrsminister und die Landesverkehrsminister haben sich zwar geeinigt, wie die Mittel neu verteilt werden sollen, wie sie angehoben werden können, aber noch ist nicht gewährleistet, dass Herr Eichel diese Mittel auch endlich zur Verfügung stellt. So, wie ich Herrn Eichel in der Vergangenheit kennen gelernt habe, interessiert ihn das, was an Sachfragen auf dem Tisch liegt, überhaupt nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Im Bericht fehlen vor allen Dingen auch Hinweise auf das, was von drei Landesregierungen in dem Gutachten zur **Metropolregion Hamburg** erarbeitet wurde. Davon ist in Ihrem Bericht praktisch nichts enthalten. Aber man braucht durchgehende Züge, auch von Pinneberg bis Ahrensburg. Auch die Stadt Hamburg muss einmal richtig angepackt werden. Es ist nicht zufriedenstellend, wenn Leute aus Pinneberg nach Altona fahren müssen und man meint, sie seien damit in der Stadt. Von Altona bis in die Stadt sind es noch einmal 9 km. Diese Strapazen muss man den Leuten wirklich nicht

(Uwe Eichelberg)

zumuten. Denn wir leben von dieser Region um Hamburg ganz komfortabel. Entsprechend muss auch der Personannahmeverkehr gestaltet werden, sodass die Leute ihn auch annehmen. Sonst verstopfen die Straßen.

(Beifall bei CDU, FDP und des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, es fehlen auch Hinweise darauf, wie wir die vielen Wünsche, die wir definiert haben, wirklich dauerhaft finanzieren und durchsetzen können.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben gesagt: Erst im nächsten Jahr werden wir die Strecke Neumünster-Bad Segeberg übernehmen. Aber all diese Dinge kosten ein Heidengeld. Wie wir das ohne weitere Abstriche von den Aufgaben, die wir heute schon wahrnehmen - die Anschaffung neuer Busse und das ÖPNV-Defizit, das wir ja aus den Regionalisierungsmitteln mittragen -, dauerhaft gestalten können, wird nicht gesagt. Die Übernahme von **Nahverkehrsleistungen**, weil sich die Bahn aus der Fläche herauszieht, können wir auf Dauer nicht tragen. Es ist auch unzumutbar, dass die Bahn die Strecken einfach in 50-km-Chargen - Hamburg-Lübeck, Lübeck-Fehmarn - aufteilt. Der Zug geht von Hamburg bis Fehmarn durch und den muss der Bund bezahlen. Das können wir als Land nicht. Insoweit muss also § 87 e Abs. 4 GG ein dominanter Faktor sein, auf den wir pochen müssen und mit dem wir auch die Leistungen, die uns grundgesetzmäßig zustehen, vom Bund erzwingen können.

(Beifall bei der CDU)

Für völlig utopisch halten wir immer noch das Ansinnen, dass wir als Land Schleswig-Holstein Strecken übernehmen. Es ist immerhin die Einschränkung gemacht worden: Wir übernehmen die Strecken nur, wenn der Bund sie vorher in Ordnung gebracht hat. Nur, wenn er das alles gemacht hätte, dann hätte die Eisenbahn ja keine Probleme. Wir alle wissen doch, welche erheblichen Investitionszuschüsse notwendig sind, um die Strecken am Leben zu erhalten. Ich glaube, das sollten wir uns abschminken. Das ist nur etwas für Unbedarfte.

Auch wir haben die vielen **Anmeldungen für den Bundesverkehrswegeplan** auf dem Bahnsektor mitgetragen und wir halten sie auch für notwendig. Nur, sie lassen sich schlichtweg nicht finanzieren. Da muss man den Bürgern auch einmal klaren Wein einschenken und sagen: Bei der gegebenen Finanzierungsstruktur wird das eine oder andere Projekt, das wir wünschen, in der nahen Zukunft gar nicht realisierbar

sein, aber wir bleiben trotzdem am Ball. Dies muss klipp und klar gesagt werden.

Wir brauchen für die Zulaufstrecken insbesondere zur Fehmarnbelt-Querung im erheblichem Umfang Sonderzuweisungen, sonst können wir das nicht meistern. Es geht schlechthin nicht ohne. Wenn wir diese Zulaufstrecke nach Fehmarn haben wollen, können wir aber die A 20 nicht voll durchbauen. Es muss also eine andere Finanzierung zugesichert sein, sonst lässt sich das nicht machen und sonst müssen wir dem Bürger klipp und klar sagen: Es geht nur das eine oder das andere. Eines von beiden muss dann weiter aufgeschoben werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Verraten Sie uns mal, was Sie wollen!)

- Lieber Herr Neugebauer, es geht um diese Doppelstrategie, die heute gerade wieder angesprochen wurde: „Wir werden darauf achten, dass Flensburg-Hamburg voll ausgebaut wird und dass die feste Fehmarnbelt-Querung kommt.“ Das kann nicht sein. Entweder es kommt das eine oder es kommt das andere. Hier wird nicht doppelt investiert.

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus - Zurufe des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

So betriebswirtschaftlich blind wird niemand sein und das muss man den Leuten ehrlich sagen.

(Zurufe des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Günter Neugebauer [SPD])

Wir müssen auch ehrlich sagen, was ist, wenn wir die Rendsburger Hochbrücke haben wollen.

(Heiterkeit)

Wir haben also noch viel zu tun und, Herr Minister, wie unterstützen Sie mit voller Kraft,

(Konrad Nabel [SPD]: Sie haben die volle Kraft offensichtlich beim Reden!)

aber die volle Kraft muss auch so sein, dass wir brüllen wie ein Tiger und nicht miauen wie eine Hauskatze.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich nun dem Abgeordneten Gerhard Poppendiecker.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Stell das mal richtig!)

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit den Worten beginnen: „Zur Bahn fällt mir nichts mehr ein.“ - Zur Bahn fällt mir insofern nichts mehr ein, dass sie zwar ständig erklärt, sie werde besser und schneller, aber wenn man die Bahn erlebt, ist das im Grunde das letzte Abenteuer dieser Erde.

(Heiterkeit und Beifall)

Das Einzige, was die Bahn noch schafft, sind diese riesigen Reklameseiten, die man seit Monaten in den Zeitungen findet, mit der Aussage, was sie alles verbessern will und was sie schon alles verbessert hat. Dieses Geld, das sie für diese Reklame ausgibt, ist wahrscheinlich das Geld, das sie für andere Dinge dann nicht mehr hat. Da war gestern beispielsweise in der „Welt“ zu lesen, dass mit 25 Milliarden DM das Bestandsnetz der Bahn bis zum Jahre 2005 saniert wird. Der Kollege Eichelberg hat es eben auch angesprochen. Man überlege einmal: 25 Milliarden DM für die Sanierung! Was hat die Bahn eigentlich in den letzten Jahren mit all dem Geld gemacht, das ihr zur Verfügung gestellt wurde? Das ist hier die Frage.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

In einer Hinsicht bin ich der gleichen Meinung wie der Kollege Eichelberg, nämlich dass wir in dieser Frage als **Parlament** enger zusammenarbeiten und dass wir Minister und **Regierung** gemeinsam unterstützen müssen, um in **Bahnfragen** voranzukommen. Nicht Ihrer Meinung, Herr Kollege Eichelberg, bin ich, wenn Sie meinen, dass dieses Konzept zum Beispiel keine Aussage mache. Dieses Konzept macht Aussagen für die Zukunft und es liegt an den Parlamentariern, dieses Konzept umzusetzen. Das werden wir auch tun.

Ich möchte nur daran erinnern, dass das Land Schleswig-Holstein in der Bundesrepublik eine Vorreiterrolle beim Taktverkehr gespielt hat. Der Herr Minister hat es bereits angesprochen. 24 % unserer Strecken wurden ausgeschrieben und ich hoffe, Herr Minister, dass Sie in der nächsten Zeit noch mehr Strecken ausschreiben; denn die Deutsche Bahn AG muss einfach begreifen, a) dass sie kein Monopol mehr hat und b) dass es heute andere kompetente Anbieter gibt, die die Aufgaben der Bahn übernehmen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut! - Beifall bei SPD, CDU, FDP, SSW und des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es hat sich herausgestellt, dass durch die **Schaffung neuer Haltepunkte** nach dem Konzept dieser Landes-

regierung auch mehr Fahrgäste an die Bahn herangeführt werden konnten. Man denke nur an diesen kleinen Haltepunkt Felde auf der Strecke Rendsburg-Kiel, wo heute schon täglich über 200 Fahrgäste zusteigen. Und trotzdem gibt es in den nächsten Jahren noch eine Menge bei diesen Fragen zu tun.

Nach meiner Ansicht muss einer der Schwerpunkte die **Vernetzung des Verkehrs** sein. Das gilt sowohl für die Bahn als auch für den Bus, das Schiff und das Flugzeug. Dazu gehört dann auch eine vernünftige Anbindung zum Flughafen Hamburg. Da, lieber Karl-Martin, ist es wenig hilfreich, wenn du mit PRO BAHN gemeinsam einerseits sagst, wir brauchen eine schnelle Verbindung zum Flughafen - das ist positiv -, aber andererseits auf den Ausbau der Strecke Pinneberg-Elmshorn verzichtet werden soll, um dieses Geld in den Ausbau der Flughafenbahn zu stecken. Seit 14 Jahren reiten wir auf dem Thema „Ausbau der Strecke Pinneberg-Elmshorn“ herum.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP, SSW und des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Seit 14 Jahren versuchen wir, dieses Nadelöhr zu beseitigen, um endlich auch eine Vertaktung zwischen Kiel und Hamburg im Halbstundentakt zu erreichen. Dem dient es nicht, wenn hier andere Aussagen gemacht werden. Auch hier sollten wir uns einig sein.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Sollte die Deutsche Bahn AG wirklich auf die Idee kommen - Herr Minister, Sie haben es angesprochen -, weitere InterRegio-Verbindungen in Schleswig-Holstein einzustellen, dann sollten Sie sofort mit der Connex-Gruppe in Verbindung treten, denn wenn wir der Bahn die REs bezahlen, dann könnten wir das auch einem anderen privaten Anbieter bezahlen und ich denke, dort fahren wir mit einem vernünftigen Service und einem vernünftigen Wagenpark auf jeden Fall besser.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Der **Fernverkehr** in Schleswig-Holstein ist noch lange nicht optimal. Hier gibt es noch viel nachzuholen. Ich denke zum Beispiel an Bäderverbindungen in die Schwerpunkte unseres Landes, sei es an der Nordseeküste oder an der Ostseeküste.

(Beifall des Abgeordneten Wilhelm-Karl Malerius [SPD])

(Gerhard Poppendiecker)

Hier hat die Bahn ein ganzes Stück Verantwortung, diese Dinge zu tun.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] - Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Weitere Einschränkungen nehmen wir nicht hin.

Zum **Güterverkehr** ist eigentlich nichts mehr zu sagen. Hier stellt sich die Deutsche Bahn AG ein verdammt schlimmes Armutszeugnis aus.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP, SSW und des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben hier einen Rückzug aus der Fläche und es ist erschreckend, dass die Bahn nicht in der Lage ist, eine vernünftige Bedienung aufrechtzuerhalten. Es ist erst wenige Jahre her, als wir mit öffentlichen Geldern Industriegleisanbindungen an die Betriebe finanziert haben. Heute werden diese Strecken stillgelegt, weil die Bahn sie nicht mehr bedienen will. Es ist eine schlimme Situation.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Ich bedaure, dass wir heute Morgen nur fünf Minuten Redezeit haben. Es gäbe noch sehr viel zu sagen.

(Beifall der Abgeordneten Claus Hopp [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP] - Zurufe)

Der Kollege Eichelberg hat mich heute Morgen gefragt: Warum haben wir nur fünf Minuten Redezeit und der Minister hat zehn? Da habe ich geantwortet: Fragt mal eure Parlamentarischen Geschäftsführer; die können diese Frage vielleicht beantworten.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Sehr richtig!)

Ich denke, dieses Thema wird uns weiter beschäftigen.

(Beifall der Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Unsere Unterstützung haben Sie auf der ganzen Linie, Herr Minister.

(Lebhafter Beifall bei SPD, CDU, FDP, SSW und des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der FDP erteile ich nun der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem jetzt zwei Löwen gebrüllt haben,

(Heiterkeit)

werden Sie nunmehr mit einer Hauskatze vorlieb nehmen müssen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich finde es außerordentlich erfreulich festzustellen, dass es immer, wenn die Bahn AG in der Kritik steht, Beifall im ganzen Haus gibt. Das finde ich außerordentlich überzeugend und eindrucksvoll.

(Heiterkeit - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Ich habe allerdings auch festgestellt, dass in dem Moment, in denen der Kollege Hentschel mit seiner Bahn-Politik angegriffen wurde, ebenfalls Beifall im ganzen Haus zu hören war. Das ist auch sehr erfreulich.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP, SPD, CDU und SSW)

Herr Minister, mit den Absichten der Landesregierung im **Schienepersonennahverkehr** sind wir im Prinzip einverstanden - das wissen Sie -, auch wenn es bei Einzelheiten hin und wieder Kritikpunkte gibt. Die FDP begrüßt ausdrücklich, dass im Schienenpersonennahverkehr konsequent auf **Wettbewerb** gesetzt werden soll, und unterstützt diesen Weg. Wettbewerb ist auch im Schienenpersonennahverkehr selbstverständlich das einzige Mittel, mit dem man wirklich sinnvolle Lösungen finden kann. Die Ergebnisse auf den bereits ausgeschriebenen Strecken belegen dies für den Schienenverkehr.

Meine Damen und Herren, wegen der hohen Kosten des Betriebes und der Erhaltung des Netzes im Vergleich zu den Kosten des Fahrbetriebes ist die organisatorische Trennung von Netz- und Fahrbetrieb sinnvoll. Nur so kann gerade im kleinräumigen Verkehr Gewinn bringend gewirtschaftet werden und ohne den Anreiz des Gewinns funktioniert der Wettbewerb nicht.

Insofern ist die Aussage auf Seite 17 des Berichts - das haben Sie auch eben in Ihrem mündlichen Bericht noch einmal gesagt, Herr Minister - etwas missverständlich, dass das gesamte Schienennahverkehrsnetz in den nächsten zehn Jahren in den Wettbewerb gestellt werden soll. Dies bezieht sich doch nach allem, was ich bisher verstanden habe, nicht auf das Netz, sondern auf den Fahrbetrieb.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Dazu zwei Anmerkungen! Erstens hat sich die Landesregierung schon auf den Wettbewerb festgelegt. War-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

um dann so eine lange Übergangszeit? Wir sagen: je schneller, desto besser.

(Beifall bei FDP und CDU)

Je früher der gesamte Fahrbetrieb dem Wettbewerb geöffnet wird, desto früher können alle die Früchte genießen, vor allem die Fahrgäste. Überall dort, wo keine Verträge im Wege stehen, sollte unverzüglich ausgeschrieben werden.

Zweitens kann der Wettbewerb auf der Schiene nur dann positiv wirken, wenn alle Wettbewerber die gleichen Chancen bei der Bewerbung um den Netzzugang haben. Daher ist es zu begrüßen, dass der Verkehrsminister mögliche Diskriminierungen durch die Eigentümerin DB AG offen anspricht. Ich möchte aber betonen, dass die Diskriminierung beim Netzzugang keine notwendige Folge der Eigentumsstellung sein muss.

Das **Schiennetz** wird sich gerade in ländlichen Räumen auf lange Sicht nicht so wirtschaftlich betreiben lassen, dass sich der private Betrieb rentiert.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Hier steht der Staat in der Pflicht - Sie haben es angesprochen, Herr Kollege Eichelberg -, die Bereitstellung der Infrastruktur zu sichern. Dazu muss aber der Staat nicht Eigentümer des Netzes sein. Das sollte beim Konzept der regionalen Trägerschaft ebenfalls berücksichtigt werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Auch hier müssen die positiven Kräfte des Wettbewerbs so weit wie möglich aktiviert werden. Deshalb sollte der Staat das oft geschmähte Rosinenpicken privater Netzbetreiber eher fördern. Die öffentliche Hand sollte wirklich nur dort einspringen, wo private Träger nicht bereit sind, weil es sich nicht lohnt. Das ist Aufgabenteilung zwischen öffentlicher Hand und Privaten.

Selbstverständlich müssen technische Kompatibilität privat und öffentlich betriebener Netzteile und die schon erwähnte Chancengleichheit bei der Bewerbung auf den Netzzugang gewährleistet sein.

Herr Minister, die **Regionalisierung des Schienenverkehrs**, aber auch die Regionalisierung des Netzbetriebes - Sie haben von langfristiger Pacht gesprochen - kostet selbstverständlich viel Geld. Hierzu haben sich die Verkehrsminister der Länder am 11. Oktober geäußert. Sie haben sich einvernehmlich geeinigt, dass der Bund bezahlen soll. Das ist juristisch ausgedrückt ein Vertrag zulasten Dritter und ist nach unserem Rechtssystem eigentlich nicht zulässig.

Trotzdem ist es natürlich eine vernünftige Forderung. Ich möchte nur genau wie der Kollege Eichelberg hier doch die Frage stellen: Wenn die Verkehrsminister alle gemeinsam - und gemeinsam sind sie natürlich stark - sagen, der Bund solle bezahlen, wie realistisch ist dann die Aussicht darauf, dass der Bund tatsächlich bezahlt? Wir werden das mit großer Aufmerksamkeit betrachten und Sie das immer wieder fragen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Herr Minister, Sie haben in Ihrem schriftlichen Bericht auch die Frage der LKW-Maut angesprochen und gesagt, dass davon auch Schienen bezahlt werden sollen. Wir sind mir Ihren Aussagen im Prinzip einverstanden. Ich möchte aber auch von dieser Stelle aus noch einmal darauf hinweisen, dass es Möglichkeiten gibt, auch den Verkehr, insbesondere den Güterverkehr, der ein Riesenproblem ist, auf dem Wasser mit zu fördern. Ich habe dazu Vorschläge gemacht. Ich würde mich freuen, wenn wir uns auch darüber unterhalten könnten.

(Beifall bei FDP, CDU und der Abgeordneten Bernd Schröder [SPD] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Karl-Martin Hentschel.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Jetzt kommt die Maus! - Unruhe)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte gern eine Viertelstunde, um auf alles einzugehen, was hier gesagt worden ist.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ohne Erschwerungszulage machen wir das nicht! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

Es nützt überhaupt nichts, auf die DB AG zu schimpfen. Wir müssen einfach feststellen, dass wir in der DDR 50 Jahre Sozialismus hatten, bei der Deutschen Bundesbahn hatten wir 100 Jahre Staatswirtschaft.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Das ist ein Prozess, der überwunden werden muss und der eine ganze Zeit dauert.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Karl-Martin Hentschel)

In den USA hat der Umbau von Staatsbahnen zu **Privatbahnen** etwa 20 Jahre gedauert, bis es wirtschaftlich lief und zum Erfolg kam. Heute werden 40 % des Güterverkehrs in den USA mit der Bahn abgewickelt. Das ist doppelt so viel wie in der Bundesrepublik und zeigt, was in der Wende zur Bahn möglich ist, wenn sie konsequent betrieben wird.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das ist für uns leider noch in Arbeit und wird noch eine Zeit lang dauern.

(Unruhe)

Mehdorn versucht mit allen Möglichkeiten, die er hat, den Bahnkonzern zu sanieren. Das ist ein Umbauprozess. Ich finde es völlig richtig, wenn er sich aus bestimmten Geschäftsfeldern herauszieht, und ich finde es völlig richtig, wenn zum Beispiel große Teile des Güterverkehrs von privaten Speditionen übernommen werden, auch Bahnspeditionen, weil das der einzige Weg ist, einen rentablen, profitablen, just in time und von der Wirtschaft akzeptierten, guten **Güterverkehr** hinzubekommen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo ist eigentlich Ihre Fraktion, Herr Hentschel! - Zuruf: Die sind alle wegelaufen! - Unruhe)

Das Konzept für die Bahn, das wir in Schleswig-Holstein vorliegen haben, ist wegweisend für die Zukunft. Es basiert auf den Koalitionsverträgen von 1996 und 2000 und es sind schon erhebliche Schritte realisiert worden, es ist eine ganze Menge in Bewegung gesetzt worden.

(Beifall bei der SPD)

Das verdanken wir den Verkehrsministern, die durch großes Engagement in vielen Bereichen der Bahnpolitik im Bundesgebiet vorbildlich sind, Vorreiter sind, sowohl was die Ausschreibung von Strecken für Privatbahnen anbelangt als auch was das Engagement um die Strecken anbelangt als auch was den integralen Taktfahrplan anbelangt. Wenn wir im nächsten Jahr einen neuen integralen Taktfahrplan mit Halbstundentakt auf den Nord-Süd-Verbindungen in Schleswig-Holstein bekommen, mit Anschlüssen an allen Knotenbahnhöfen, ohne zu warten, ist das ein weiterer enormer Fortschritt in Schleswig-Holstein, mit dem wir weitere Fahrgäste gewinnen werden.

(Beifall bei der SPD)

Zu Pinneberg-Elmshorn, lieber Poppi - Poppi, wach auf! -, nicht alles was PRO BAHN sagt, ist von mir geschrieben worden.

(Heiterkeit)

Die Pressekonferenz, die PRO BAHN zu dem Thema gemacht hat, mit dem Flughafen, hat sie mit CDU-Leuten gemacht, nicht mit mir. Das nur zur Klarstellung.

Ich glaube in der Tat, dass das Gutachten nachbesserungswürdig ist und dass die Frage des Pendlerverkehrs in den Hamburger Norden in dem Gutachten nicht berücksichtigt ist. Da hat PRO BAHN Recht. Das ist auch der entscheidende Grund für die Forderung gewesen, das zu integrieren. Das heißt nicht, dass wir den Ausbau Pinneberg-Elmshorn nicht brauchen. Wir brauchen ihn auf jeden Fall,

(Beifall des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

weil wir noch weitere Engpässe haben und weil meine Hoffnung ist, dass wir in Zukunft von Brunsbüttel erhebliche Verkehre, insbesondere auch Güterverkehre, auf die Schiene bekommen werden. Wenn wir die Strecke nach Brunsbüttel elektrifizieren, kriegen wir vielleicht ganz andere Verkehre auf dieser Strecke, die durch Pinneberg, Elmshorn und Hamburg rollen müssen.

Als wir 1996 zum ersten Mal über den Schienenverkehr in den Koalitionsverhandlungen geredet haben, gab es im Schienenbereich eine einzige Anmeldung für den **Bundesverkehrswegeplan**, nämlich Pinneberg-Elmshorn. Jetzt haben wir 13 große Vorhaben angemeldet. Die gesamte notwendige Schieneninfrastruktur einschließlich von Tunneln und Brücken über den Kanal ist für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet. Damit haben wir die Infrastruktur, die wir brauchen, um den großen Schwenk sowohl im Personenverkehr als auch im Güterverkehr in den nächsten 20 Jahren zu realisieren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Riesenprojekt, für das ich dem Minister dankbar bin.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Anmelden ist noch keine Finanzierung!)

- Nein. - Kommen wir zur Finanzierung, Herr Kubicki!

(Beifall bei der CDU)

Wir können über den Zustand der Schienen streiten, müssen aber feststellen, dass, als die Bahn privatisiert werden sollte, als die Abkehr von der Staatsbahn beschlossen worden ist, gesagt worden ist, welche Mittel bereitgestellt werden, um die Schienen zu sanieren. Danach hat die alte Bundesregierung der Bahn diese Mittel gestrichen. Das ist ein Fakt. Sie hat die Investi-

(Karl-Martin Hentschel)

tionsmittel von jährlich 9 Milliarden DM auf 6 Milliarden DM reduziert.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Damit waren nur noch Neubaumaßnahmen und nicht die Renovierung der Infrastruktur finanzierbar. Das hat die alte Bundesregierung verschuldet. So kann man eine Privatisierung der Bahn nicht machen.

Die jetzige Bundesregierung hat eine Kehrtwende vollzogen und hat die 9 Milliarden DM, die damals versprochen worden sind, jetzt in den Haushalt eingestellt.

(Beifall bei SPD und SSW)

Das ist ein großer Erfolg für die Bahn.

Jetzt werden endlich die **Schienen saniert**. Die Strecke von Kiel nach Flensburg ist saniert worden. Die Strecke Rendsburg-Flensburg ist in Arbeit. Die Westküstenstrecke nach Westerland wird zurzeit saniert. Die Hochbrücke Hochdonn wird saniert. Jetzt laufen die Vorhaben an, die von der alten Bundesregierung alle gestrichen worden sind. Das muss man hier auch einmal ganz deutlich sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Insofern hat es überhaupt keinen Sinn, über die Bahn zu schimpfen, lieber Poppi, sondern wir müssen über die alte Bundesregierung schimpfen und sagen, dass hier jetzt etwas geändert worden ist. Das ist es doch, worüber wir reden.

(Beifall bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Abgeordneter, bitte zum letzten Satz!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich merke, dass ich zum Schluss kommen soll. Deswegen mein Schlusssatz: Die Weichen sind gestellt. Die Trasse ist noch holperig. Ich wünsche allen, die daran arbeiten, dass sie es schaffen, sie zu glätten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie Ihre Rede!)

Viel Erfolg sowohl dem Minister, Bernd Rohwer, dem Leiter der LVS in Schleswig-Holstein, Bernhard Werwer, seinem engagierten Team, den Beamten im Ministerium, Frau Himstedt und Herrn Eggers -

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Abgeordneter!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

-, sowie allen anderen. Viel Glück und Erfolg!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPNV-Leistungen sind regionalisiert worden und das Land Schleswig-Holstein stellt die einzelnen Strecken nun nach und nach in den Wettbewerb. Trotzdem müssen wir feststellen, dass der Wettbewerb im positiven Sinn nur dann greifen kann, wenn bestimmte Grundlagen des freien Wettbewerbs erfüllt werden. Dies ist im Bereich des Schienenverkehrs mit Sicherheit nicht der Fall.

Die **Schieneninfrastruktur** gehört dem größten Mitbewerber um den Betrieb der Strecken: der Deutschen Bahn AG. Das hat mit **Wettbewerb** nichts mehr zu tun, sondern führt zu einem Wettbewerbsvorteil für die Deutsche Bahn AG, den es in der Marktwirtschaft sonst nirgendwo gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wenn der Landtag und die Landesregierung somit den diskriminierungsfreien Zugang zum Netz verlangen, so ist dies in dem Wunsch begründet, die Chancengleichheit aller Anbieter von Verkehrsdienstleistungen zu gewährleisten.

Diese Sicht der Dinge scheint bei der Bundesregierung nicht vorzuherrschen. Verkehrsminister Bodewig hat sich klar gegen die Herausnahme des Netzes aus dem Konzern Deutsche Bahn AG ausgesprochen. In meinen Augen ist dies Protektionismus pur zugunsten eines großen, überregionalen Anbieters.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Deshalb begrüßen wir als SSW ausdrücklich, dass die Landesregierung ein eigenes Gutachten erstellen lässt, das die Chancen und Risiken der Überführung der Netzinfrastruktur in eine regionale Trägerschaft untersuchen soll. Ich bin überzeugt, dass man im Endeffekt

(Lars Harms)

zu dem Ergebnis kommt, dass eine regionale, öffentlich kontrollierte Trägerschaft für den Netzbetrieb immer noch die beste Lösung ist.

Im Bericht wird kurz auf das **Güterverkehrskonzept** aus dem Jahr 1999 eingegangen. Wir können in diesem Zusammenhang zwei Dinge feststellen. Die erste Erkenntnis ist, dass es für manch ein regionales Unternehmen in Zukunft wichtig sein wird, sich im Güterverkehrsbereich zu engagieren. Am Beispiel der Nordfriesischen Verkehrs AG, die einige Aufträge der DB AG im Rahmen von MORA C übernommen hat, kann man dies ganz deutlich erkennen. Die Unternehmen müssen versuchen, so flexibel wie möglich zu sein, um ihren Bestand zu sichern. Deshalb brauchen sie die Mischfinanzierung ihres Betriebes.

Die zweite Erkenntnis ist, dass wir zwar das Güterverkehrskonzept haben, aber die praktische Umsetzung noch zu wünschen übrig lässt. Auch wir sehen es als wichtig an, dass vor allem die Brückenproblematiken in Hochdonn und in Rendsburg gelöst werden.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das dürfen wir nicht vergessen!)

- So ist es, Herr Neugebauer. - Beide Brücken sind für die verkehrliche und wirtschaftliche Erschließung des Nordens absolut wichtig und für uns von höchster Priorität. Bevor wir uns für eine Transitverbindung über den Fehmarnbelt Gedanken machen, müssen wir die weiteren Probleme, die wir vordringlich im Land haben, lösen.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hinrichsen [SSW], Günter Neugebauer [SPD] und Uwe Eichelberg [CDU])

Die Attraktivität des **Personenverkehrs** hängt natürlich von der Anbindung an den Busverkehr und von der Vertaktung des Schienenverkehrs ab. Bei der Einführung eines integralen Taktfahrplans für das ganze Land kann man sicherlich Schritt für Schritt vorgehen. Allerdings muss ich sagen, dass eine Strecke wirklich Auswirkungen auf das ganze Land hat und man damit vordringlich ein Augenmerk auf diese Strecke werfen sollte. Ich meine die Strecke Kiel-Lübeck. Derzeit ist diese Strecke nicht vertaktet, sodass in Kiel kein reiner Taktknoten vorhanden ist. Dies hat Auswirkungen in alle Himmelsrichtungen. Zum Beispiel ist aus diesem Grund die komplette Vertaktung des Knotens Husum noch nicht möglich. Im Bericht wird der Ausbau der Strecke Kiel-Lübeck daher auch als eine sehr wichtige Maßnahme eingestuft. Das ist richtig so.

Gleichwohl möchte ich an ein Konzept von PRO BAHN erinnern, nach dem es möglich sei, auch ohne große bauliche Maßnahmen die Strecke Kiel-Lübeck schneller zu machen. Ich glaube, man sollte sich noch

einmal Gedanken darüber machen, ob und wie der Vorschlag von PRO BAHN umgesetzt werden kann, um so vielleicht schon im Jahr 2002 einen Taktknoten in Kiel einzurichten, was die Attraktivität und auch die Rentabilität des Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein zwei Jahre früher als geplant erhöhen würde.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass der Bericht sehr deutlich macht, dass der **Schienenverkehr** bei der Landesregierung eine hohe Priorität genießt und man durchaus sagen kann, dass die Bahnpolitik in Schleswig-Holstein in guten Händen ist.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir treten in die Abstimmung ein. Ich stelle zunächst fest, dass durch den Bericht der Landesregierung der Antrag Drucksache 15/1061 als erledigt betrachtet werden kann. Ich stelle weiter fest, dass der Bericht, so wie er gegeben ist, zur weiteren Beratung in den zuständigen Verkehrsausschuss überwiesen werden soll.

(Zurufe: Abschließend!)

- Zur abschließenden Beratung! - Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig. Der Tagesordnungspunkt 33 ist insoweit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Notfallrettung und den Krankentransport (Rettungsdienstgesetz - RDG)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/918

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 15/1266 (neu)

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/1293 (neu)

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Andreas Beran, das Wort zum Bericht.

Andreas Beran [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Punkt hat in der Öffentlichkeit viel Aufmerksamkeit erregt. Daher glaube ich, es ist richtig,

(Andreas Beran)

dass der Bericht über die Beratung im Ausschuss etwas ausführlicher ausfällt.

Ausgangspunkt der Änderung des Rettungsdienstgesetzes ist die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom Februar 2000, wonach die Kosten für so genannte **Fehleinsätze im Rettungsdienst** nicht in die Gesamtkosten eingerechnet und auf die von den übrigen Gebührenschuldern zu tragenden Gebührensätze umgelegt werden dürfen. Unter Fehlfahrten werden diejenigen Einsätze verstanden, in denen eine Versorgung des Patienten vor Ort ausreicht oder nicht notwendig ist oder der Patient verstirbt und damit kein Krankentransport erfolgt.

Die Gerichtsentscheidung führte dazu, dass die Träger des Rettungsdienstes - Kreise und kreisfreie Städte - die Gebührenbescheide direkt an die Patienten beziehungsweise deren Hinterbliebenen verschickten und damit die Bürgerinnen und Bürger mit den Kosten für Fehlfahrten im Rettungsdienst belastet wurden - aus gesundheits- und gesellschaftspolitischer Sicht ein untragbarer Zustand,

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

der in letzter Konsequenz dazu führen könnte, dass nicht mehr in allen möglicherweise notwendigen Fällen der Rettungswagen gerufen wird.

Der Streit zwischen den Krankenkassen als Kostenträgern auf der einen und den Kreisen und kreisfreien Städten als Träger des Rettungsdienstes auf der anderen Seite konnte auch nach einem Kompromissgespräch mit Ministerin Moser Ende letzten Jahres nicht beigelegt werden. Einig waren und sind sich alle Beteiligten darin, die vom Landtag einstimmig beehrte und von der Ministerin auf den Weg gebrachte **Bundesratsinitiative** zur Änderung der §§ 60, 61 und 62 des Sozialgesetzbuches V zu unterstützen, mit der klargestellt werden soll, dass die Kassen die Kosten für die Leistungen des Rettungsdienstes in jedem Fall tragen, unabhängig davon, ob der Patient zu einer weiter gehenden Behandlung transportiert werden muss. Bedauerlicherweise hat allerdings der Gesundheitsausschuss des Bundesrats am 12. September 2001 beschlossen, das Ansinnen Schleswig-Holsteins auf unabsehbare Zeit zurückzustellen.

Umso größer wird aus unserer Sicht die Notwendigkeit, die Fehlfahrtenproblematik jetzt vonseiten des Landesgesetzgebers anzugehen, mit der sich der Sozialausschuss in mehreren Sitzungen beschäftigt hat. Im Mai dieses Jahres hat die CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf zur **Änderung des Rettungsdienstgesetzes** in den Landtag eingebracht, der durch einen Antrag der FDP-Fraktion modifiziert wurde.

Nachdem der Ausschuss in zwei Sitzungen die Vertreter der Krankenkassen als Kostenträger und die Kreise und kreisfreien Städte als Träger des Rettungsdienstes angehört hatte, die sich nach wie vor nicht auf einen Kompromiss einigen konnten, hat der Ausschuss in der letzten Woche mit den Stimmen aller Fraktionen beschlossen, das Rettungsdienstgesetz in der Fassung eines Formulierungsvorschlages des Sozialministeriums vom August dieses Jahres zu ändern und damit Kommunen und Krankenkassen zu zwingen, sich hinsichtlich der Kosten im Wege einer Vereinbarung - notfalls unter Anrufung einer Schiedsstelle - zu verständigen. Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich dieser Gesetzesänderung gestern einmütig angeschlossen.

Außerdem legen die Fraktionen dem Landtag heute einen interfraktionellen Resolutionsantrag mit dem Appell vor, dass die Kreise und kreisfreien Städte sowie die Krankenkassen für die bereits bestehenden Gebührenbescheide eine einvernehmliche Lösung finden, die die Bürgerinnen und Bürger von Belastungen freihält, und dass die Kommunen als Träger des Rettungsdienstes die von ihnen nach § 6 des Rettungsdienstgesetzes beauftragten Organisationen des Rettungsdienstes an den Verhandlungen angemessen beteiligen.

Im Namen der Ausschussmitglieder bitte ich Sie um Zustimmung zu diesen beiden Vorlagen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der CDU sowie Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für den Antragsteller des Grundantrages, die CDU-Fraktion, erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn zwei sich streiten, nämlich die kommunalen Landesverbände und die Kassen, zahlen die Dritten, nämlich die Bürger. Das darf doch wohl nicht wahr sein!

(Beifall bei CDU, FDP und der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich finde, dass es ein gutes Zeichen der Souveränität des Parlamentes ist, dass wir erstens eine Entschei-

(Werner Kalinka)

dung treffen und sie zweitens gemeinsam treffen. Ich denke, das steht uns gut an.

(Vereinzelter Beifall im ganzen Haus)

Es ist zu einem guten Ende nach einem zähen Ringen gekommen. Zum Verfahren ist genügend gesagt worden.

Die CDU hat Anfang des Jahres erkannt, dass nur mit einer landesgesetzlichen Änderung die Entwicklung umgekehrt werden kann. Ich möchte das nicht als Vorwurf formulieren, ich möchte das einfach nur feststellen. Deshalb haben wir den Gesetzentwurf eingebracht. Die FDP hat durch Herrn Dr. Garg eine **Ver einbarungslösung** hinzugefügt, zu der wir schon nach zwei oder drei Minuten Beratung im Ausschuss gesagt haben: Da machen wir mit.

(Beifall bei der FDP - Joachim Behm [FDP]:
Sehr gut!)

- Ja, es ist ein gutes Zeichen der in diesem Fall vereinigten Opposition, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen können, wenn wir es nur wollen.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Aufbauend auf diese Diskussion haben sich die Beratungen im Sozialausschuss weiterentwickelt. Die Art und Weise, wie eben Herr Beran hier seinen Bericht vorgetragen hat, entspricht dem angenehmen Klima im Ausschuss, gerade auch bei diesem Thema, Herr Beran. Das möchte ich ausdrücklich hervorheben. Sie haben für eine gemeinsame Lösung geworben. Ich möchte weiter hinzufügen, dass, nachdem Frau Ministerin Moser zu dem Ergebnis gekommen war, eine Änderung des Landesgesetzes sei unumgänglich, sie genauso wie Herr Staatssekretär Fischer die Beratungen im Ausschuss in gleichfalls angenehmer Art und Weise begleitet hat. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei CDU und FDP)

Die beiden kommunalen Landesverbände **Landkreis tag** und **Städtetag** haben erbittert für ihre Position gefochten. Ich sage, leider - aus ihrer Sicht - haben es die Argumente nicht getragen, ihnen zu folgen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das stimmt!)

Wir wollen ja nach vorn blicken. Deshalb sollte man bei zukünftigen Beratungen ein bisschen mehr darauf achten, welche Argumente man vorträgt und in welchem Stil man das macht. Ich glaube, wenn man das schon jetzt getan hätte, wäre manches ein Stück einfacher gewesen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Andreas Beran [SPD] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Aus Gesprächen in den vergangenen Tagen habe ich die Hoffnung mitgenommen, dass wir auch das Problem, das mit dem Gesetzentwurf und dem Gesetz nicht gelöst wird, nämlich das Problem der Kostentragung für die **Fehlfahrten** in den vergangenen Jahren - hierzu haben wir nur einen Appell vorgebracht - zufrieden stellend lösen werden. Die Krankenkassen haben bei der Anhörung vor dem Sozialausschuss erklärt, sie seien zu einer konstruktiven Lösung bereit. Was genau das heißt, wollten sie uns aus verständlichen Gründen vor der Entscheidung des Parlamentes nicht sagen.

(Beifall des Abgeordneten Arno Jahner [SPD])

Meine Damen und Herren von den Kassen, Sie würden ein großes Zeichen in Schleswig-Holstein setzen - nicht nur zu diesem Thema, sondern auch als Grundlage für die zukünftige vertrauensvolle Zusammenarbeit -, wenn Sie sagen würden: Wir machen einen Schlussstrich und das Thema Fehlfahrten ist für die Vergangenheit geklärt und für die Zukunft durch das Gesetz geregelt.

(Beifall bei CDU, FDP, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Das ist unsere Bitte. In diesem Sinne dürfen wir uns alle darüber freuen, dass wir für die Bürger eine notwendige und angemessene Lösung gefunden haben.

(Beifall bei CDU, FDP, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Bevor ich weiter das Wort erteile, darf ich in der Loge die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Frau Wille-Handels, ganz herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ich erteile jetzt für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Arno Jahner das Wort.

Arno Jahner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kalinka, jeder in diesem Haus kennt unsere „tiefe“ Freundschaft.

(Beifall und Heiterkeit im ganzen Haus)

Eine Anspielung darauf ist heute wahrlich nicht angebracht. Ich habe mir während Ihrer Rede keine Noti-

(Arno Jahner)

zen gemacht. Vielen Dank - ich sage das einmal so - für die kollegiale Rede!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zu diesem Tagesordnungspunkt mit sehr persönlichen, aber auch deutlichen Worten meine Rede beginnen. Es sind Worte der Enttäuschung über die Zusammenarbeit mit den Landesverbänden des Städtetages und des Landkreistages bei diesem Vorhaben.

Als uns der von mir geschätzte Geschäftsführer der Verbände am parlamentarischen Abend - ich meine, es war im Juli dieses Jahres - bat, die Beratungen zu einem interfraktionellen Antrag mit dem Ziel, eine Vereinbarungslösung in das **Rettungsdienstgesetz** einzuführen, zurückzuziehen - mit der festen Zusage, nach der Sommerpause würde uns eine einvernehmliche Lösung mit den Kassen vorgelegt -, fiel nicht nur mir, sondern auch meinen Kollegen Dr. Garg, Frau Hinrichsen, Frau Birk und Herrn Maurus - der das für die CDU übernommen hat - ein Stein vom Herzen. Damit hätte die Möglichkeit bestanden, das neue Gesetz, das ausschließlich zum Ziel hatte, die so genannte **Fehlfahrtenproblematik** zu lösen, in gegenseitigem Respekt und zum Wohle der Betroffenen schon damals auf den Weg zu bringen. Was daraus geworden ist, wissen wir nun: Pustekuchen; geht nicht; wollen wir nicht; rechtliche Bedenken und ein ganzer Katalog von Bedenkenträgerschaft. Nun also schlagen wir den üblichen Weg der Abstimmung und - Gott sei Dank - wieder eine interfraktionelle Vorlage ein. Und offensichtlich gibt es wieder einmal Gewinner und Verlierer.

Ich bin froh, dass Ihnen nach der Sitzung des Sozialausschusses heute ein Papier vorgelegt werden kann, in dem sich alle - so denke ich - mit ihren Ideen und Forderungen wiederfinden können. Das Ziel ist erreicht. Es wird eine **Vereinbarungslösung** mit der entsprechenden Einbindung einer Qualitätssicherung geben. Bei Bedarf wird eine Schiedsstelle tätig werden. Wir stellen fest, die Verhandlungslösungen sollen die Gesamtkosten berücksichtigen. Es bleibt jedoch deutlich festzustellen, dass nach wie vor die **Kommunen** die Träger der Rettungsdienste sind. Es liegt also an ihnen, den Kreisen und kreisfreien Städten - und diesen Wunsch des Kollegen Dr. Garg wollen wir gern unterstützen -, andere Träger des Rettungsdienstes wie Rotes Kreuz, Malteser, Arbeiter-Samariter-Bund und Johanniter einzubinden. Wir ermutigen die Kreise und kreisfreien Städte dazu.

(Beifall bei SPD und FDP sowie des Abgeordneten Torsten Geerds [CDU])

Herr Kalinka sprach von einer Regelung mit den Kassen, die erst nach dem Beschluss heute hier bekannt

gegeben werden soll. Ich werde trotzdem in meiner vorgefertigten Rede fortfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe am Beginn meiner Rede deutliche Worte an den Landkreistag und Städtetag gerichtet. Gleiches tue ich selbstverständlich auch an die Adresse der Kostenträger. Wir erwarten ein faires Auftreten in den Verhandlungsgesprächen und wir nehmen gern zur Kenntnis, dass Sie als Kostenträger mit dafür Sorge tragen wollen, dass es keine Gebührenbescheide ab sofort und für die Zukunft für so genannte Fehlfahrten geben wird. Sie haben es uns schriftlich gegeben. Wir nehmen Sie beim Wort und hoffen auch in den so genannten Altfällen auf eine einvernehmliche Lösung.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

In dieser Richtung gibt es viel versprechende und wunderbare Signale. So viel kann ich schon einmal sagen. Vielen Dank dafür.

Ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren, dies ist ein Rettungsdienstgesetz für das Land Schleswig-Holstein.

(Zurufe von der CDU)

- Vielleicht können Sie jetzt zuhören, denn das ist ganz interessant.

(Heiterkeit)

Wir wollen aber weiterhin und sehr intensiv daran arbeiten, eine bundeseinheitliche Regelung zum Beispiel über die Änderung des § 60 SGB V zu erreichen. Die von der Sozialministerin eingebrachte **Bundratsinitiative** wollen wir zum Ziel führen. Wir, die Sozialdemokraten, haben mittlerweile unsere Sprecherinnen und Sprecher der anderen Länder in der Bundesrepublik Deutschland um Unterstützung gebeten. Vielleicht sollten auch Sie, meine Damen und Herren von der FDP, von der CDU und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ihre Gremien mit der Bitte um Unterstützung animieren. Vielleicht hilft ein freundlicher Druck ein bisschen.

Wir müssen die anderen Länder mit unserer Problematik vertraut machen. Ich weiß, in vielen anderen Bundesländern kennt man die Probleme mit den Fehlfahrten nicht, weil es dort eben stellenweise die hier diskutierte Vereinbarungslösung gibt.

In diesem Sinne bitte ich Sie um ein einstimmiges Votum für die uns vorliegende Vorlage des Sozialausschusses und der - ich erwähne es jetzt zum ersten Mal - gemeinsamen Resolution.

(Beifall bei SPD, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich dem Abgeordneten Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Denken wir an den CDU-Antrag zurück, mit dem ich nicht gerade zimperlich umgegangen bin. Ich habe damals gesagt: Wir werden die Probleme des Rettungsdienstes in Schleswig-Holstein nicht über eine Änderung des Rettungsdienstgesetzes des Landes Schleswig-Holstein lösen. Lieber Kollege Kalinka, ich bin nach wie vor der Meinung, dass uns der Ursprungsantrag von Ihnen nicht unheimlich weitergeholfen hätte. Aber wenn man so kritisch mit dieser Initiative umgeht, dann muss man sich natürlich dreimal fragen, wenn man hinterher selber den Vorschlag macht, das Rettungsdienstgesetz des Landes zu ändern, ob wir in dieser Frage tatsächlich zielführend weiterkommen, indem wir jetzt das tun, von dem ich ursprünglich gesagt habe: Das nützt nichts. Ich bin nach wie vor der Meinung, wir brauchen dringend eine Änderung, eine Klarstellung im SGB V. Anders kriegen wir gar keine wirklich saubere Lösung dieser Problematik hin.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

Das Problem dabei ist, dass die meisten anderen Bundesländer dieses Problem derzeit offensichtlich noch nicht so sehen. In Rheinland-Pfalz gibt es beispielsweise eine Vereinbarungslösung. Rheinland-Pfalz bezuschusst den Rettungsdienst noch aus Landesmitteln, aus Haushaltsmitteln. Somit ist das dort zur Verfügung stehende Budget flexibler und man kann einfacher zu Vereinbarungen kommen, als das hier möglicherweise der Fall sein wird.

Gleichwohl sehe ich in der nun von allen Fraktionen des Hauses vorgeschlagenen **Vereinbarungslösung** die einzige Möglichkeit, von Landesseite aus diesen Konflikt, der im Prinzip bis heute herrscht, zu entspannen. Ich bin mir jedoch sehr wohl bewusst, dass man durch keinen noch so guten Vorschlag Vernunft gesetzlich verordnen kann. Wir können aber versuchen, die beiden Parteien, die Träger des Rettungsdienstes auf der einen Seite und die Kostenträger auf der anderen Seite, an den Verhandlungstisch zu bringen, weil sie jetzt gesetzlich dazu verpflichtet werden, tatsächlich zu einer Lösung zu kommen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-
neit-Lücke [FDP])

Die Pattsituation, so wie sie bisher hier im Lande bestanden hat, darf sich aus meiner Sicht nicht wiederholen, insbesondere mit den Auswirkungen auf Patien-

tinnen und Patienten. Sie dürfen nicht auch noch mit Rechnungen belastet werden.

(Beifall bei FDP, SPD, CDU und SSW)

Uns allen ist hautnah vorgeführt worden, das es trotz verschiedenster Vermittlungsversuche und Appelle nicht möglich war, die Parteien an einen Tisch beziehungsweise zu einer Lösung zu bringen. Ich will nicht mehr erleben - das sage ich ganz deutlich an alle Beteiligten -, dass wir im Sozialausschuss sitzen und die eine Seite sagt, sie unterbreite ein Angebot, und die andere Seite sagt: Das glauben wir aber nicht. Das ist keine Art, Lösungen zu suchen oder Kompromisse zu finden. Das ist gar keine Art, wie man den Bürgern draußen signalisiert, dass man Politik für sie macht.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW und verein-
zelt bei der CDU)

Da das sicherlich nicht einfach wird, haben wir vorgeschlagen, eine Schlichtungsstelle zu installieren. Denn wir sind der Auffassung, nur durch eine **Schlichtungsstelle** sind sowohl die Träger des Rettungsdienstes als auch die Krankenkassen gezwungen, miteinander zu reden, und zwar durch eine eingefügte Frist, das heißt innerhalb eines ganz bestimmten Zeitraumes. Die Schlichtungsstelle hat das Ziel, eine monatelange Diskussion, wie sie uns bislang beim Thema Fehlfahrten vorerzählt wurde, zu vermeiden.

Ich finde es in der Tat traurig, dass die Kommunen und die Krankenkassen bisher nicht in der Lage gewesen waren, eine einvernehmliche Lösung zu finden. Wenn Verhandlungen dermaßen festgefahren sind, dass sich letztlich der Gesetzgeber gezwungen fühlt - ich glaube, alle Fraktionen hier sahen sich gezwungen, endlich irgendetwas zu tun -, diesen Konflikt aufzubrechen, durch rechtliche Vorgaben einzugreifen und minuziöse Verfahrensregelungen vorzuschreiben, die wir - das sage ich insbesondere für meine Fraktion - gern vermieden hätten, dann ist das für gewöhnlich eine eher schlechte Basis für die Zukunft. Umso eindringlicher möchte ich mich den Appellen meiner Vorredner anschließen und an die Vertragsparteien appellieren, nicht nur die von uns vorgeschlagene Regelung zu akzeptieren, sondern baldmöglichst eine einvernehmliche vertragliche Regelung für die Vergangenheit zu finden; denn wir können keine Gesetze beschließen, die für die Vergangenheit wirken. Wir können nur appellieren, dass die Problematik, die aus der Vergangenheit rührt, am Verhandlungstisch gelöst wird.

(Beifall bei der FDP und einzelt bei der
SPD)

Lieber Kollege Jahner, natürlich freue ich mich, dass sich die stärkere Einbindung der tatsächlichen Leistungserbringer zumindest in der Resolution niederge-

(Dr. Heiner Garg)

schlagen hat. Sie wissen, wir hatten uns deutlich mehr vorgestellt und mehr gewünscht. Aber auch wir waren bereit, im Sinne einer Kompromisslösung zurückzustecken, weil wir dieses Problem endlich vom Tisch haben wollten. Normalerweise ist es nicht meine Art, mit einer Dankesorgie zu enden. Aber in diesem Fall möchte ich mich doch bei Frau Ministerin Moser und ihrem Staatssekretär für die ausgearbeitete Vorlage ganz herzlich bedanken. Ich glaube, wir haben einen ganz ordentlichen Vorschlag unterbreitet, für den ich jetzt um Ihre Zustimmung bitte.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Guten Morgen, Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Alles ist schon von allen gesagt - fast. Eine kleine Anmerkung darf ich mir nicht verkneifen. Dieses Thema ist insofern ein Lehrstück für Demokratie, als alle Parteien und die Landesregierung ihren Beitrag geleistet haben. Wir waren es, die dieses Thema zum ersten Mal in den Landtag eingebracht haben. Die CDU hat mit einem schlichten Satz versucht, die Leerstelle zu füllen, die es für einen Gesetzesantrag braucht. Die FDP hat ihre Anregung nachgeschoben. Das hat die Koalitionsfraktionen, die sich mit der Behandlung des Themas sowieso schon unter Druck gesetzt haben, noch mehr unter Druck gesetzt. Die Einbringung Ihres Vorschlags in den Landtag, Herr Garg, hat mit dafür gesorgt, dass wir, die Koalitionsfraktionen, gut beraten waren, nicht noch ein weiteres Mal auf mahnende Worte der kommunalen Landesverbände zu hören, sondern endlich eine Entscheidung zu fällen. Insofern haben alle beigetragen, last but not least die Regierung mit einem sehr gut ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag.

Dies hier ist insofern ein Lehrstück in Sachen Demokratie, als es darauf verweist, dass wesentliche Dinge, die die Menschen in ihrem Dasein in einer Weise betreffen, wie das etwa bei einem Notruf der Fall ist, offensichtlich nicht mehr vom Parlament gemacht werden. Wir können hier zwar eine Gesetzesgrundlage für das Land schaffen. Aber diejenigen, die sich einigen müssen, das sind nach wie vor die **kommunalen Landesverbände** und die **Krankenkassen**. Zu diesem Einigungsprozess gehört letztendlich auch die ganze Gruppe derjenigen, die die Rettungsfahrten machen.

Warum haben die Grünen nicht dem Vorschlag der FDP Rechnung getragen und gesagt: „Diese müssen als Dritte mit an den Tisch“? Das haben wir uns gut überlegt. Wir haben lange gezögert und kamen schließlich zu dem Schluss, dass das falsch wäre. Denn diese scheinbar demokratische Beteiligung aller, die am Prozess mitmachen, hätte dazu geführt, dass die Krankenkassen zwei „Gegner“ gehabt hätten, die sie gegeneinander hätten ausspielen können, und die Kommunen wären von ihrer wirklich fundamentalen Verantwortung für den Rettungsdienst ein Stück weit entbunden worden.

Wir finden, es muss Klarheit sein. Die Kommunen sind für die Organisation des Rettungsdienstes verantwortlich. Ob sie das selber machen, ob sie das Dritten übertragen, ob sie damit eine private Firma beauftragen, das ist ihre Sache. Sie müssen aber dafür geradestehen, dass es funktioniert.

Ich bin sehr dankbar, dass wir in Schleswig-Holstein seitens des Ministeriums über die entsprechenden Richtlinien auch **Qualitätsanforderungen** haben, sodass die Kassen nicht ein beliebiges Druckmittel in der Hand haben, nun alles ganz billig zu machen, sondern dass die Qualität erhalten bleiben muss; die wird ja durch das Gesetz nicht tangiert. Diese Richtlinien werden nicht außer Kraft gesetzt; sie gelten weiterhin. Es ist mir wichtig, das noch einmal zu betonen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das Zweite, was auch ein Licht auf die Auseinandersetzungen wirft, wie wir sie im Augenblick im gesamten Bereich der Gesundheitspolitik haben: Wir merken zunehmend, dass die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen der **Selbstverwaltung** offensichtlich so konfliktreich sind, dass sie sozusagen wieder ans Parlament zurückgegeben werden. Was vor Jahren einmal an die Selbstverwaltung weitergegeben worden ist, kommt jetzt wieder zu uns zurück, weil sich die Selbstverwaltung unter dem Druck der Kosten nicht einig wird. Dies sollte uns grundsätzlich darüber nachdenken lassen, wie das Konzert zwischen Selbstverwaltung, Parlament und Regierung auf Landes- und auf Bundesebene neu geordnet werden muss.

Hier, Frau Moser, möchte ich Sie ganz deutlich ermutigen: Halten Sie an der Bundesratsinitiative fest. Wir sind hier in der Pflicht, dafür auch die notwendigen Mehrheiten mit organisieren zu helfen. Wenn das vielleicht nicht im ersten Anlauf klappt, so muss es doch irgendwann einmal klappen; denn es kann nicht sein, dass dadurch, dass Unklarheiten in der Bundesgesetzgebung sind, diese Konflikte in der Selbstverwaltung weiter wuchern.

(Angelika Birk)

Wir werden noch weitere Konflikte auf uns zukommen sehen. Auch Sie haben das ja sicherlich in den Medien verfolgt, dass es einen neuen Konflikt zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung und den Kliniken in der Frage gibt, was in der Klinik behandelt werden darf und was niedergelassene Ärzte tun müssen. Auch hier droht das zulasten der Patientinnen und Patienten ausgetragen zu werden.

Ich möchte auch hier diejenigen, die an diesem Streit beteiligt sind, nachdrücklich davor warnen, die Bürgerinnen und Bürger, die ihre Steuern zahlen und die gleichzeitig als Krankenversicherte ihren Versicherungsbeitrag zahlen, zwischen alle Stühle zu setzen und sie weder als Steuerzahlerinnen und -zahler noch als Versicherte zu ihrem Recht kommen zu lassen. Es darf nicht sein, dass sie um beide Rechte betrogen werden. Insofern sind wir als Parlamentarier gut beraten, diesen Prozess aufmerksam zu verfolgen und rechtzeitig einzugreifen.

Ich hoffe, dass dieses Zur-Kasse-gebeten-werden der Patienten ein Lehrstück ist, das sich nicht wiederholt, sondern dass es uns davor warnt, Prozesse leichtfertig laufen zu lassen. Wir müssen rechtzeitig eingreifen und dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger und die Patientinnen und Patienten in beiden Rollen zu ihrem Recht kommen. Das ist unsere Verantwortung als Parlamentarier; sie ist uns hiermit zuzückgegeben und ich denke, wir haben dieser Aufgabe ganz gut Rechnung getragen. Deshalb danke auch ich allen Beteiligten dafür, dass dies möglich gewesen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW hat jetzt Herr Landtagsabgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass wir eine parteiübergreifende Lösung für das Problem der so genannten Fehlfahrten für den Rettungsdienst gefunden haben, ist wirklich sehr zu begrüßen. Für etwas anderes hätte der Bürger auch kein Verständnis gehabt. Die Bürgerinnen und Bürger haben eine erhebliche rechtliche Unsicherheit gehabt, was die Übernahme der Kosten für diese Fehlfahrten betraf. Nun haben wir endlich einen Gesetzentwurf, der ausschließt, dass ihnen die Kosten für Fehlfahrten in Rechnung gestellt werden können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg
[FDP])

- Zumindest hoffen wir das, Herr Kollege.

Der Gesetzentwurf sieht eine Vereinbarung zwischen den Kostenträgern auf der einen Seite und den Trägern des Rettungsdienstes auf der anderen Seite vor. Darüber hinaus ist eine Schiedsstelle einzurichten, die in strittigen Fragen tätig wird. Auf jeden Fall sollen die Kosten für Fahrten, bei denen sich im Nachhinein herausstellt, dass es Fehlfahrten sind, den Bürgerinnen und Bürgern nicht in Rechnung gestellt werden. Das ist die Hauptsache.

In unseren Augen ist es auch gut, dass man weiterhin dabei bleibt, dass es sich im Rettungsdienst um eine **öffentlich-rechtliche Aufgabe** handelt, die den Kreisen beziehungsweise den kreisfreien Städten obliegt und die sie gemeinschaftlich mit den Krankenkassen zu tragen haben. Es handelt sich hier um eine klassische Aufgabe der **Daseinsvorsorge** für die Menschen. Deshalb muss die Verantwortung für diese Aufgabe beim Staat bleiben. Die Durchführung dieser Aufgabe kann an Private übertragen werden; die Verantwortung kann die Politik aber nicht abgeben.

Ich verhehle nicht, dass wir sogar eine Übertragung der Durchführung an Private immer noch als problematisch einstufen. Nach unserer Auffassung lässt sich die für ein Unternehmen notwendige Gewinnerzielungsabsicht nur schwer mit den Zielen der Daseinsvorsorge in Einklang bringen.

Da wir aber nun einmal die Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen haben, die für die kommunale Seite die Aufgabe des Rettungsdienstes ganz oder teilweise übernehmen, müssen wir selbstverständlich auch die **Privaten** angemessen beteiligen. Dies ist im Ausschuss auch von allen entsprechend betont worden. Daher bitten wir alle gemeinsam die Kommunen und die Kostenträger, dass sie die privaten Leistungserbringer am Gesamtverfahren, das heißt an den Verhandlungen, angemessen beteiligen mögen. Ich glaube, das ist ein transparentes Verfahren, mit dem alle Beteiligten leben können.

Das neue Rettungsdienstgesetz gilt nicht rückwirkend. Trotzdem wäre es das einzig Vernünftige, wenn die Kommunen für **Fehlfahrten-Altfälle** keine Gebühren in Rechnung stellten. In der Vergangenheit haben die Kreise und kreisfreien Städte doch eher versucht, die Kosten von den Bürgerinnen und Bürgern fern zu halten. An diesem Verfahren sollte die kommunale Seite in der jetzigen Übergangsphase festhalten und möglichst keine Gebühren für diese Fälle in Rechnung stellen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Lars Harms)

Alles in allem erhalten wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf endlich Rechtssicherheit für alle Beteiligten. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen in Zukunft keine Angst vor finanziellen Nachteilen zu haben, wenn ein Rettungswagen gerufen wird.

Im Rahmen der derzeitigen gesetzlichen Lage ist der vorliegende Gesetzentwurf ein guter Kompromiss, den wir mittragen können, und wir möchten uns ausdrücklich für die Einigungs- und Kompromissbereitschaft bezüglich des Rettungsdienstgesetzes hier im Hause bedanken.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Kollege Harms, ich wollte Sie nicht mit einer Zwischenfrage unterbrechen. Ich möchte nur noch einmal, weil Sie das offensichtlich auch im Ausschuss missverstanden haben, Folgendes klarstellen.

(Lachen der Abgeordneten Anke Spooren-donk [SSW])

Es geht uns nicht um die Vergabe des Rettungsdienstes ausschließlich an Private. Sie wissen doch selber, das sind die Organisationen, die nach § 6 Abs. 3 RDG gemeint sind - so wie sie auch in der Resolution stehen -, beispielsweise der ASB, das DRK oder auch der Malteser Hilfsdienst. Es geht nicht darum, den Rettungsdienst zu privatisieren, sondern es geht darum, die originären Leistungserbringer - das können selbstverständlich auch Private sein - stärker als bisher mit einzubinden, insbesondere dann, wenn für sie verhandelt wird. Das war die Absicht, das war die Intention, die wir gern noch weiter verfolgt hätten.

Dann ein letzter Satz dazu! Ich bin fest davon überzeugt, dass sich Daseinsvorsorge und deren privatwirtschaftliche Erbringung in Form einer Leistung auch nicht gegenseitig ausschließen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung hat jetzt Frau Gesundheitsministerin Moser das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Anmerkung zu dem Thema, das Frau Birk zusätzlich zum Rettungsdienst angesprochen hat, nämlich zum Streit zwischen der **Kassenärztlichen Vereinigung** und den **Spezialambulanzen** der Universitätskliniken. Hier, Frau Birk, haben wir eine gute Lösung, die auch rückwirkend greifen kann.

Ich gehe davon aus, dass noch am selben Tag, an dem ich das in die Welt gesetzt habe, die Kassen einen Vertrag mit den Kliniken ausgearbeitet haben - oder dabei sind -, um ihrerseits ohne KV die ambulanten Leistungen, die dort erbracht werden, zu finanzieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist in Arbeit und wird dazu führen, dass dann, wenn die Kliniken auch flexibel genug sind, Patientinnen und Patienten eben nicht vor der Tür stehen oder selbst bezahlen müssen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Zum Rettungsdienstgesetz! Lassen Sie mich in die allgemeine Zufriedenheit mit dem Ergebnis eines nicht ganz einfachen Verfahrens einstimmen. Ich will hinzufügen: Ich bin in diesem Verfahren eigentlich auch sehr mit meiner Strategie zufrieden, hat sie doch dazu geführt, dass das gesamte Haus das unterstützt, was auch mir wichtig erscheint.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Rettungsdienste sind ein ganz wesentlicher Teil der gesundheitlichen Versorgung unserer Bevölkerung. Leider ist das Krankenversicherungstechnisch nicht rechtlich verankert. Sie haben bisher nicht den notwendigen Stellenwert. Rettungsdienstliche Leistungen rangieren immer noch als Nebenleistungen und unter Fahrkosten.

Das ist in gewisser Weise ein Anachronismus, wenn man weiß, wie wichtig Rettungsdienste für die Behandlung sein können. Häufig genug hängt die Frage zwischen Leben und Tod an der Qualität des Rettungsdienstes. Deshalb liegt in dieser unzureichenden gesetzlichen Absicherung nicht nur die Ursache für unsere Fehlfahrtenproblematik. Hier liegt auch der Ansatz, den wir durch unsere **Bundratsinitiative** weiter verfolgen müssen. Leider haben sich die Krankenkassen auf den Standpunkt gestellt, dass sie nach dem SGB V nicht verpflichtet sind, die Kosten zu

(Ministerin Heide Moser)

übernehmen, wenn die Fahrt zu keiner Behandlung führt. Wir halten diese Argumentation nicht für zwingend. Wir möchten eine Klarstellung und haben deshalb eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht. Der Landtag hat uns dabei immer unterstützt und wird es auch weiter tun. Das habe ich eben mit Freude gehört.

Nachdem die Ausschüsse die Vorlage zunächst vertagt haben, haben wir jetzt eine erneute fachliche Behandlung im Bundesrat eingeleitet. Ziel ist, Ende dieses Jahres eine abschließende und hoffentlich positive Entscheidung des Bundesrates zu erwirken. Sollte das im ersten Anlauf nicht gelingen, gebe ich Ihnen Recht: Wir nehmen dann einen zweiten Anlauf. Auf Dauer muss es gelingen, weil der Rettungsdienst wirklich ein Teil - und nicht nur ein Nebenprodukt - der Krankenversorgung ist. Parallel zu dieser Bundesratsinitiative habe ich lange Zeit für eine Übergangslösung unter geltendem Recht geworben, um die Bürgerinnen und Bürger von völlig unangemessenen Kosten frei zu halten.

Leider sind insbesondere die Kreise und kreisfreien Städte - aber auch die Krankenkassen - nicht bereit gewesen, sich ausreichend zu bewegen. Ich glaube, das wundert Sie nicht, nachdem Sie die Anhörungen im Ausschuss erlebt haben. Das war sehr schwierig.

Beide Seiten haben auf die rechtlichen Bindungen hingewiesen, die einen Kompromiss letztlich nicht möglich erscheinen ließen. Deshalb musste in dieser Situation Beweglichkeit geschaffen werden, und zwar durch eine grundlegende Finanzierungsänderung im Rettungsdienstgesetz des Landes. Ich halte es nach wie vor für keinen Zufall, dass - wenige Tage, nachdem ich diese Idee öffentlich und zum Leidwesen der Kommunen geäußert hatte - dem Sozialausschuss der Änderungsantrag der FDP-Fraktion vorlag. Ich war dafür sehr dankbar und sage das auch an dieser Stelle.

Die vorliegende interfraktionelle Beschlussempfehlung ist in zahlreichen Ausschusssitzungen nach Anhörung der kommunalen Landesverbände und der Krankenkassenverbände entstanden. Wir haben Formulierungshilfe geleistet. Ich glaube, wir haben eine gute Gemeinschaftsarbeit vorgelegt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der jetzt zu beschließende Gesetzentwurf enthält nicht nur die Notwendigkeit - oder geradezu den Zwang - zur Einigung über alle Bereiche des Rettungsdienstes, sondern er enthält auch die erforderlichen Festlegungen. Das ist mir ganz wichtig: Die hohen **Standards** des schleswig-holsteinischen Rettungsdienstes werden

gewährleistet. Es wird mit der **Vereinbarungslösung** keine Billigvariante des Rettungsdienstes geben.

Ich bin mir bewusst, dass eine derartige Veränderung der Finanzierungsgrundlage auf beiden Seiten Umdenken erfordert. Eine Änderung des **SGB V** wird das erleichtern. Ich erwarte, dass alle Seiten die Gestaltungsmöglichkeiten nutzen. Ich glaube, der beste Einstieg wäre, dass man sich für die Vergangenheit auf eine vernünftige Lösung einigt, die eben nicht auf Kosten der Bürger geht. Das fordern Sie hier auch gemeinschaftlich. In diesem Sinne können wir uns gratulieren, aber noch nicht beruhigt zurücklegen.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir treten in die Abstimmung ein.

Ich lasse zunächst über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Weiter lasse ich über den interfraktionellen Antrag Drucksache 15/1293 (neu) der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abstimmen. Wer dem seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

(Beifall bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1263

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion der CDU hat Frau Abgeordnete Sylvia Eisenberg das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute geht es notwendigerweise um eine Neustrukturierung der Landeszentrale für Politische Bildung, denn die Haushaltsmittel für eigene Maßnahmen der Landeszentrale wurden seit Jahren zurückgefahren. Von 1998 bis zum Jahre 2002 halbieren sie sich nahezu. In Verbindung

(Sylvia Eisenberg)

mit der Äußerung der Bildungsministerin zu den Haushaltsberatungen 2001 vor dem Finanz- und Bildungsausschuss und anlässlich von Gerüchten, dass die Landesregierung die Haushaltsmittel in Kapitel 0709 - Maßnahmen zur politischen Bildung - bis zum Jahr 2005 ganz auf null zurückfahren will, möchte ich für meine Fraktion eindeutig betonen: Die CDU ist für den Erhalt der unabhängigen Landeszentrale für Politische Bildung.

(Beifall bei der CDU)

Sie betrachtet die Landeszentrale als wesentlichen Baustein der unabhängigen politischen Bildung hier im Lande.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Im Übrigen haben alle Parteien im Lande - einschließlich der SPD - noch 1998 im Parlament unsere Ansicht bestätigt. Politische Bildung besteht für die CDU nicht nur aus einzelnen Projektmaßnahmen, die kurzfristig und vielfältig - je nach Aktualität - im Lande organisiert werden. **Politische Bildung** im Sinne der **Nachhaltigkeit** - und darauf kommt es letztlich an - ist für die CDU auch die umfangreiche Beschäftigung mit den internationalen Wertesystemen, die Beschäftigung mit und die Untersuchung von demokratischen Strukturen, die Darstellung von Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Untersuchung der Rolle der Parteien, der Wirtschafts- und Sozialverbände und ihrer Einflussmöglichkeiten sowie die frühzeitige politische Bildung der Jugendgruppen der Parteien.

Diese von mir skizzierten Aufgaben der politischen Bildung sind keine gewinnträchtigen Aufgaben. Deshalb werden die **gesellschaftlich relevanten Gruppen** im Lande, wie es von der Landesregierung angedacht wird, diese Aufgaben nicht wahrnehmen wollen oder können. Auch deshalb ist die Gewährleistung der überparteilichen politischen Bildung im Lande eine **staatliche Aufgabe**. Das Land Schleswig-Holstein darf sich aus dieser Aufgabe - bei allen finanziellen Schwierigkeiten - nicht zurückziehen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Bereits im Sommer ist die CDU mit einem Vorschlag der **Neustrukturierung der Landeszentrale** in die Öffentlichkeit gegangen, der sowohl inhaltlich als auch organisatorisch die Aufgaben der Landeszentrale unter den haushaltspolitischen Vorgaben neu definiert. Dieser Vorschlag liegt Ihnen heute als Antrag auf dem Tisch. Die Arbeitsgruppe der Landesregierung, die in der Zwischenzeit eingesetzt worden ist, hat sich diesen Vorstellungen weitgehend angeschlossen. Ich betone:

weitgehend; denn der Teufel liegt wieder einmal im Detail.

Die CDU will eine Erweiterung und organisatorische Vernetzung der bereits vorhandenen Initiativen zur politischen Bildung, eine Erweiterung durch die Bildungsstätten im Lande, das heißt durch diejenigen, die tatsächlich politische Bildung betreiben. Die CDU betrachtet die Landeszentrale als Teil dieser Organisation, von dem unter anderem auch Serviceaufgaben wahrgenommen werden können.

Demgegenüber will die Landesregierung die Gründung einer gemeinnützigen GmbH unter Hinzuziehung aller gesellschaftlich relevanten Gruppen wie Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Sozial- und Wirtschaftsverbänden, jeweils mit Anteilen zwischen 500 € und 1.000 € als Einstieg, mit Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was heißt das eigentlich anderes als ein Rückzug des Staates aus der öffentlichen Verantwortung für politische Bildung?

(Beifall bei CDU und FDP)

Das befürchten selbst die Teilnehmer der von der Landesregierung eingesetzten Arbeitsgruppe. Ich zitiere aus dem Entwurf: Sie befürchten sich gegenseitig blockierende Eigeninteressen der Gesellschafter, sie befürchten den mit dem Zwang zur Wirtschaftlichkeit verbundenen Verlust an Qualität und Einfluss auf die Bildungsinhalte und sie befürchten die nicht verlässliche finanzielle Sicherung.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Von alleine.

(Heiterkeit bei der CDU)

Die politische Bildung ist nicht Sache einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, sei sie noch so gemeinnützig. Politische Bildung ist vielmehr eine wesentliche Voraussetzung der Funktion unserer Demokratie. Wenn man politische Bildung als Wirtschaftsgut betrachtet, stellt sich wirklich die Frage nach der Unabhängigkeit der politischen Bildung im Lande. Ich warne davor.

Insoweit beantrage ich, auch unseren Antrag im entsprechenden Ausschuss zu behandeln.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf zunächst neue Gäste auf der Tribüne begrüßen: Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Hauptschule Sandesleben. - Herzlich willkommen zur heutigen Plenarsitzung!

(Beifall)

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Wir fahren in der Beratung fort. Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt dem Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bericht der Arbeitsgruppe zur Reform der Landeszentrale stellt fest: Politische Bildung ist nicht mehr allein eine staatliche Aufgabe. Dies scheint mir eine Untertreibung und auch nicht richtig zu sein. War sie denn je schwerpunktmäßig eine staatliche Aufgabe und sollte sie das überhaupt sein? Eines scheint mir sicher: **Politische Bildung** wird heute in allererster Linie von den **Massenmedien** geleistet: Fernsehen, Tageszeitungen, Wochenzeitschriften, aber auch Internet. Gerade jetzt, wo die Aufmerksamkeit der ganzen Welt in eine Region gerichtet ist, die in den letzten Jahren allenfalls dann Schlagzeilen machte, wenn es dort wieder einmal besonders abstrus und abstoßend zugeht, ändern sich die Dinge. Heute haben die Taliban in Afghanistan ihr ganzes Land zur Operationsbasis für terroristische Angriffe gemacht und so wächst dann auch das Interesse vieler Menschen daran, zeitnah über die Geschehnisse in Afghanistan, aber auch über den Islam informiert zu werden.

Übrigens: Liegt dort nicht auch ein schweres Versäumnis der Vergangenheit, nämlich das, dass wir uns alle nicht rechtzeitig um den Islam gekümmert haben, wo doch so viele Muslime bei uns leben? Viele von uns wissen doch gar nichts über diese Religion und die Menschen, die sie ausüben. Auch das hat meiner Meinung nach zur Krise mit beigetragen. Vor 100 Jahren war es übrigens anders. Reisen zum Sitz der Hohen Pforte oder zum Heiligen Grab gehörten zum Bildungsprogramm.

Zurück zur heutigen politischen Bildung, nicht nur für die Reichen. Es kann nicht Aufgabe von Weiterbildungsinstitutionen sein, der Aktualität der Satellitenbilder hinterherzulaufen. Sie können zusätzliche Angebote machen, die dazu beitragen, diese Bilder zu verstehen und einzuordnen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Träger der politischen Bildung** müssen sich aber darüber im Klaren sein, dass sie unter keinen Umständen auch nur einen erheblichen Anteil derjenigen erreichen werden, deren Informationsquellen Fernseher, Tageszeitung und Net sind.

Es gibt auch weitere Träger der politischen Bildung, die in das jetzt vorgelegte Konzept nicht eingebunden sind und wohl auch kaum eingebunden werden können. Wenn sich allein in Schleswig-Holstein circa 70.000

Menschen in den demokratischen politischen Parteien engagieren, so sind dies viel mehr Menschen, als eine Landeszentrale je erreichen kann. Vergessen wir in diesem Zusammenhang auch nicht das segensreiche Werk der parteinahen Stiftungen zur politischen Bildung - aller Parteien übrigens.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD]
und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Zurück zum Antrag. Ich möchte eines klarstellen, weil es in einigen Gesprächen dazu bereits Missdeutungen gegeben hat. Die Notwendigkeit, die öffentlich verantwortete politische Bildung neu zu strukturieren, resultiert aus den **neuen Anforderungen an die politische Bildung**, aus der Konkurrenzsituation zu anderen Formen der Bildung, so wie ich sie eben angerissen habe, und sie ergibt sich natürlich auch aus der Notwendigkeit, mit möglichst ökonomischem Einsatz öffentlicher Mittel eine hohe Effizienz zu erreichen. Dabei einzig und alleine, wie Sie es getan haben, Frau Eisenberg, auf die öffentlichen Finanzen abzustellen, ist zu kurz gesprochen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler
[SPD])

Weitermachen wie bisher können wir eben nicht, wenn wir diese Aufgabe verantwortungsvoll übernehmen wollen.

Die Arbeitsgruppe favorisiert aufgrund dieser Überlegungen das Modell einer **GmbH als einer gemeinnützigen Gesellschaft**. Die zum Netzwerk für die politische Bildung gehörenden Institutionen und Organisationen werden am Stammkapital beteiligt. Schutzklauseln sollen eine freundliche, aber auch eine unfreundliche Übernahme verhindern. Die Verantwortung des Landes wäre so zu sichern, dass die Landesregierung die Mehrheit der Anteile hält. Die Landeszentrale hätte demnach in Zukunft die Aufgabe einer Agentur zur Beratung, Unterstützung und Förderung der Aktivitäten von politischen Meinungsträgern. Sie würde eigene Veranstaltungen im Sinne von Pilotprojekten und Modellvorhaben durchführen. Auch die in der Vergangenheit immer wieder gestellte Frage der Reisetätigkeiten wäre beantwortet und das fände ich auch gut so.

Wie Sie wissen, hatten wir vorgestern im Kuratorium Gelegenheit, uns zu diesen Papieren auszutauschen. Wahrscheinlich wird es eine sehr aufschlussreiche und heftige Diskussion im Bildungsausschuss geben. Auch das ist gut so. Wir werden häufig Gelegenheit haben, uns mit diesem Papier der Arbeitsgruppe und mit dem Konzept des Ministeriums, das auf dieser Grundlage erstellt werden wird, auseinander zu setzen.

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

Den Antrag der CDU halte ich - jedenfalls in diesem Augenblick noch - für nicht unbedingt notwendig, eher für überflüssig, aber er ist auch unschädlich. Der Antrag sollte deswegen in den Ausschüssen behandelt werden. Wir werden ihn mit den übrigen Papieren erörtern.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Klaus Schlie [CDU]: Eine klare politische Aussage!)

Wie am Ende die angestrebte Neukonstruktion aussehen wird, das wird auch von unseren Beratungen abhängen.

Um aber das zu Beginn Gesagte aufzugreifen: Es ist vernünftig und notwendig, die politische Bildung der verschiedenen Träger zu bündeln, nicht um sie zu kontrollieren oder zu bestimmen, sondern um Synergieeffekte zu erreichen. Denn das muss jeder von ihnen machen. Letzten Endes hilft es allen Trägern und führt zu einem vernünftigen Mitteleinsatz. Diesen Weg von vornherein abzulehnen, obwohl man ihn nicht ausgelotet hat, obwohl man nicht wissen kann, wie die Konstruktion später im Einzelnen aussehen wird, ist nicht sachbezogen, sondern unklug.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt dem Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dem Antrag der CDU-Fraktion können wir in einem Punkt zustimmen. Dies betrifft die **Unabhängigkeit**, die auch für die zukünftige Struktur und Positionierung der **Landeszentrale für Politische Bildung** eingefordert wird. Ansonsten meine ich aber, Frau Eisenberg, dass der Unionsantrag doch zu sehr in die gleiche Richtung geht, die die Landesregierung schon seit langem verfolgt, nämlich die Landeszentrale zu einer reinen Serviceagentur - so lautet ja immer die Überschrift - zu machen und ihr das Recht, aber auch die Möglichkeit für eigene Aktivitäten zu nehmen.

(Sylvia Eisenberg [CDU]: Das stimmt nicht!)

- Doch, das ist eindeutig der Schwerpunkt, auch in Ihrem Papier. Wenn Sie sich die Punkte, die Sie nennen, vor Augen führen, so wird dies ganz deutlich.

Gerade die jüngste Entwicklung hat gezeigt, dass das Instrumentarium der Landeszentrale unverzichtbar ist, um schnell reagieren zu können. Der Bund hat Mittel für ein Veranstaltungskonzept „Fundamentalismus - Terrorismus“ bereitgestellt. Die schleswig-holstei-

nische Landeszentrale ist die erste Einrichtung dieser Art in der ganzen Bundesrepublik, die dieses Angebot aus Berlin aufgegriffen hat und nun eine Veranstaltungsreihe mit zehn landesweit angebotenen politischen Informationsveranstaltungen zu diesem aktuellen Thema anbietet.

Ich denke, das ist ein sehr gutes Beispiel auch für die Leistungsfähigkeit unserer Landeszentrale, obwohl sie in den letzten Jahren sehr stark heruntergefahren wurde.

(Beifall bei der FDP)

Noch sehr viel kritischer sehen wir die Überlegungen, die in dem Bericht der Arbeitsgruppe auftauchen, die die Regierung oder - besser gesagt - das Kultusministerium eingesetzt hat. Da wird der Gedanke geäußert, dass die Landeszentrale künftig eine **gemeinnützige GmbH** sein soll, an der sich Gesellschafter wie die Volkshochschulen, die Kirchen, die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände und andere beteiligen können. Das sind alles sehr hoch ehrenwerte und auch wichtige Beteiligte im Bereich der Bildung - auch im Bereich der politischen Bildung, aber natürlich nicht nur in diesem Sektor -, aber es sind - jedenfalls zu einem Teil, wenn wir etwa an die Volkshochschulen denken - auch Zuschussempfänger. Wenn die in einer Einrichtung mit im Boot sitzen, die dafür zuständig ist, Mittel zu vergeben - die verstärkte Umsteuerung in Richtung auf die Projektförderung wird im Bericht des Kultusministeriums ja ebenfalls angesprochen -, kommt es naturgemäß zu Interessenkonflikten.

Nachdem das vorgestern in einer Presseerklärung des Kultusministeriums abgestritten wurde, verweise ich heute auf das, was in dem Bericht, den uns das Ministerium vorgelegt hat, zu lesen ist. Dort ist davon die Rede, dass das sich gegenseitig blockierende Eigeninteresse der Gesellschafter bei einer solchen Konstruktion der Arbeitsfähigkeit entgegenstehen könnte.

Ich frage mich: Wenn die „Desinformationsabteilung“ des Kultusministeriums etwas abstreitet, was in den eigenen Papieren des Kultusministeriums dokumentiert ist, wie weit sind wir dann? Wir müssen uns also über die Ausgangsbasis bei einer solchen Diskussion klar werden und dürfen nicht die Fakten, die uns das Ministerium in seinen eigenen Unterlagen vorlegt, in öffentlichen Erklärungen vonseiten der Presseabteilung in Abrede stellen wollen. Diesen Stil können wir auch als Parlament nicht akzeptieren.

(Beifall bei der FDP)

Für uns ist es wichtig, den Aspekt der parlamentarischen Kontrolle für eine Landeseinrichtung weiter zu gewährleisten. Das ist in der bisherigen Form mit einer **unabhängigen Landeszentrale** besser gewährleistet

(Dr. Ekkehard Klug)

als mit der neuen Struktur, bei der eine sehr unübersichtliche und vom Land abgekoppelte Trägerkonstruktion gewählt werden soll. Diesen Aspekt halten wir für sehr wichtig und darauf sollte man durchaus noch einmal zurückkommen. Die Landeszentrale hat im Bereich der Ostseearbeit Aufgaben der Durchführung von Aktivitäten der politischen Bildung weit in die Ostseeregion hinein übernommen. Sie ist seit zwei Jahrzehnten dabei, den Pädagogenaustausch zwischen Deutschland und Polen zu organisieren, durchzuführen und zu betreuen. Das ist eine Aktivität, die gerade für die Schulen in unserem Land ungeheuer wichtig ist.

Außerdem werden seit neun Jahren litauische Bürgermeister in Fortbildungsveranstaltungen in Schleswig-Holstein im Hinblick auf das Kommunalrecht und die kommunalen Verwaltungsstrukturen fortgebildet.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Wenn es also darum geht, die **Ostseezusammenarbeit** zu fördern, Kontakte herzustellen und gemeinsame Aktivitäten zu organisieren, dann hat gerade die Landeszentrale in diesem Bereich in all den letzten Jahren eine ganz wichtige Funktion gehabt. Dies sollte sie auch in Zukunft weiter tun können. Man darf sie deshalb nicht auf die Aufgaben einer reinen Serviceeinrichtung beschränken.

Ein letzter Hinweis. Aus einer Übersicht, die uns die Bundeszentrale für Politische Bildung zugesandt hat, geht hervor, dass Schleswig-Holstein für seine Landeszentrale gerade einmal 8 Pfennig pro Einwohner aufwendet; das ist der niedrigste Satz aller Bundesländer. Bayern liegt bei 53 Pfennig. Wir müssen uns fragen, was uns die politische Bildung in Schleswig-Holstein wert ist. Wir brauchen für die politische Bildung auch eine aktionsfähige Landeszentrale.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Neukonzeption und Rechtsform der **Landeszentrale für Politische Bildung** in diesem Lande muss die ganze **Vielfalt**, die wir hier inzwischen haben, widerspiegeln. Das ist für uns die Leitlinie. Welche Rechtsform dafür die richtige ist, darüber lässt sich sicherlich trefflich streiten. Auch wir werden natürlich das vorgeschlagene Modell der gemeinnützigen GmbH in alle Richtungen prüfen.

Ich möchte, bevor wir uns mit dieser Frage vielleicht voreilig einengen, noch einen Blick auf das werfen, was wir an Vielfalt haben; denn auch über die Frage, was politische Bildung eigentlich ist, werden wir uns auseinander setzen müssen.

Ich möchte ganz bewusst einige Beispiele nennen, die nicht im üblichen Mainstream dessen liegen, was vielleicht darunter verstanden wird.

Wenn **Kinder** darüber bestimmen, wie ein Schulhof gestaltet wird und wie sie mit dem Verkehr umgehen oder wie sie Konflikte untereinander regeln, dann ist das die erste Lehrstunde **politischer Bildung**, die sie in der Schule erhalten können. Ich glaube, dieses Land Schleswig-Holstein hat schon vor der gemeinsamen Regierung von Rot-Grün, aber erst recht danach sehr viel dazu beigetragen, dass vielfältigste Beiträge und auch eine vielfältige Förderung aus diversen Ministerien den Prozess voranbringen.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Das ist politische Bildung. Wenn Naturschutzverbände Touristen davor warnen, zur Brutzeit durch Dünen zu wandern, und den Zusammenhang zwischen Ökosystem, internationalem Schiffsverkehr und dem eigenen möglichen Verhalten als Tourist darstellen und dafür sensibel machen, wie wir nachhaltig leben können, dann ist das ein Stück alltagspraktischer Bildung im **Urlaub**, die eine ganze Menge an Verhaltensänderung zeigen kann.

Wenn es möglich ist, dass inzwischen auch Polizisten ihre Meinung in Blick auf schlagende Ehemänner deutlich verändern und wenn internationale Kongresse stattfinden, in denen **Frauen** sich darüber austauschen, welches denn das beste Konzept ist, um gegen **Gewalt der Männer** gegenüber Frauen und Kindern vorzugehen, und wenn sie Strategien absprechen und damit als NGOs die Regierungspolitik europäischer Staaten beeinflussen, dann ist das politische Bildung und es ist gleichzeitig die Reform von Sozialarbeit und Sozialpolitik.

Diese Formen der politischen Bildung hat es nach 1945 in Deutschland nicht gegeben. Deshalb gab es den vergleichsweise einmaligen Akt, dass damals die Alliierten gesagt haben, es muss eine staatlich organisierte politische Bildung geben. Es darf nicht nur die Parteien geben, sondern es muss auch eine staatliche Institution geben, die darauf achtet, dass die parteinahen Bildungstiftungen und dass andere große gesellschaftlichen Gruppen öffentliche Mittel erhalten. Das war nach der Nazi-Diktatur ein sehr heilsamer Schritt; für dieses Stück Friedenspolitik sollten wir den Alliierten sehr dankbar sein.

(Angelika Birk)

Nun sind wir aber mehr als 50 Jahre weiter. Ich denke, wir könnten uns jetzt selbstbewusst einen Blick vorwärts leisten, der die Frage klärt: Ist diese Form, ist die Einschränkung, was die gesellschaftlich relevanten staatsbürgerlichen Weiterbildungsinstitutionen angeht, noch zeitgemäß? Wird nicht, wenn wir uns auf die Kirchen, die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände sowie die parteinahen Stiftungen beschränken, das ganze weite Feld, der ganze Reichtum politischer Bildung, die ganze Art, wie sich diese Bildung organisiert, ausgeschlossen?

Das klassische Seminar am Wochenende, der **klassische Bildungsurlaub** sind zwar in den 80er-Jahren dank dieser neuen Träger, die ich gerade genannt habe, zu neuer Blüte aufgelaufen, aber sie sind jetzt in einer Krise. Wir brauchen neuere, modernere Formen, um sowohl jüngere Leute anzusprechen als auch Seniorinnen und Senioren aktuell am Tagesgeschehen zu halten und ihnen die Möglichkeit zu geben zu begreifen, was passiert. Wir brauchen es jetzt auch für die immer überlasteten Berufstätigen, die sich in Zeiten knapper Arbeitsplätze erst recht dreimal überlegen, sich einen Bildungsurlaub zu leisten.

Vor diesen Herausforderungen steht die Landeszentrale für Politische Bildung und vor diesen Herausforderungen steht auch das Parlament, wenn wir darüber nachdenken, welche angemessene Form die Landeszentrale braucht. Für meine Fraktion kann ich sagen: Es darf kein „closed shop“ werden. Es muss möglich sein, dass andere Träger der politischen Bildung in das Wirken der Landeszentrale mit eingebunden werden, dass sie die Chance haben, öffentliche Mittel zu erhalten, und dass der Wettstreit, in welcher Form politische Bildung erfolgt, offen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten Anke Spoorendonk
[SSW])

Hierfür eine Konzeption zu finden, ist eine gute Aufgabe und wir sollten das nächste halbe Jahr hierfür gemeinsam nutzen. Ich bin gespannt auf das Ergebnis.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Krise der politischen Bildung ist schon lange ein Thema, aber leider nur in interessierten Kreisen und wissenschaftlichen Zirkeln. Diese Krise kann man nur

verstehen, wenn man sich die **Geschichte der politischen Bildung** ansieht. Die Ausgangsposition war, dass man mit pädagogischen Mitteln nach 1945 das politische Ziel erreichen wollte, die Entnazifizierung, die Demilitarisierung und die Demokratisierung in den Köpfen und Herzen der Deutschen zu verankern.

Die Einrichtung von Landeszentralen für politische Bildung in allen Bundesländern hat in dieser Geschichte ihren Ursprung. Aber heute können wir doch allen Unkenrufe zum Trotz und trotz aller Probleme, die es gibt, zu Recht mit den Worten von Hermann Giesecke aus „Politik und Zeitgeschichte“, August 1997, sagen:

„Die ursprüngliche Ausgangssituation, dass nämlich die politische Bildung erst die demokratische Verfasstheit mit konstituieren musste, anstatt sich auf sie berufen zu können, hat sich inzwischen normalisiert.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit anderen Worten: In einer aufgeklärten und demokratischen Gesellschaft braucht man die politische Bildung nicht von oben zu verordnen, sondern da wird Demokratie von unten gelebt. Das heißt, wir könnten eigentlich so verfahren, wie andere westliche Demokratien auch, wo man den Begriff politische Bildung ganz anders handhabt.

Dies ist auch der Grund dafür, dass sich der SSW aus seinem nordischen Demokratieverständnis heraus nie so richtig für eine von oben gelenkte politische Bildung erwärmen können, auch wenn es aus gesellschaftspolitischer Sicht treffliche Gründe dafür gab. Für uns ist politische Bildung keine staatliche, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler
[SPD])

In diesem Kontext stellt sich natürlich auch die Frage der **Zukunft der Landeszentrale für Politische Bildung**. Brauchen wir so eine Institution noch und - wenn ja - in welchem Umfang? Welche Aufgaben soll diese Institution in Zukunft übernehmen?

Schon 1998 wurde im Landtag und im Kuratorium der Landeszentrale über die zukünftige Arbeit der Landeszentrale debattiert. Wir sprachen uns damals für den Erhalt der Landeszentrale aus, denn es ging darum, ob wir sie erhalten wollen und wie sie finanziell ausgestattet werden sollte. Wir sagten damals auch: Wollen wir die Landeszentrale, dann muss sie auch so ausgestattet werden, dass sie funktionieren kann. Aber auch wir haben immer wieder ein neues Konzept ange-

(Anke Spoorendonk)

mahnt, das der veränderten Ausgangslage angepasst wird.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein solches Konzept liegt jetzt von der Arbeitsgruppe Reform der Landeszentrale für Politische Bildung vor. Es wurde dem Kuratorium am Mittwoch vorgestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt bis Mitte nächsten Jahres Zeit, dieses Konzept zu diskutieren.

(Jürgen Weber [SPD]: So ist es!)

In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Antrag der CDU, nicht weil wir inhaltlich einer Meinung sind, sondern weil er uns Gelegenheit gibt, diesen Prozess auch im Landtag und im Bildungsausschuss zu begleiten. Das finde ich okay.

(Vereinzelter Beifall)

Für den SSW ist die Zielrichtung allerdings klar: Die Landeszentrale für Politische Bildung muss sich zum **Dienstleister** weiterentwickeln, das heißt, die unterstützenden Funktionen einer künftigen Landeszentrale müssen in den Vordergrund gestellt werden.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Jürgen Weber [SPD])

Sie muss in Kooperation mit den schon vielfältig vorhandenen Angeboten an politischer Bildung in unserer Weiterbildungslandschaft für eine bessere Koordinierung, für bessere Zusammenarbeit zum Beispiel bei Vermarktung und Internetauftritt der verschiedenen Akteure sorgen. Das wird auch von den meisten so gesehen.

Generell müssen wir uns alle die Frage stellen: Wie erreichen wir **junge Leute** - auch die Kollegin Birk sprach das an -, wie sprechen wir sie an, ohne mit dem erhobenen Zeigefinger auf ihre Verantwortung als Staatsbürger aufmerksam zu machen? Auch hier brauchen wir unbedingt neue Konzepte.

Allerdings sind dies Fragen, die wir insgesamt mit den handelnden Akteuren in Schule, Jugendhilfe und mit den Trägern der politischen Bildung diskutieren sollten. Hier könnte die Landeszentrale eine moderierende Rolle spielen. Das wird künftig eine wichtige Rolle für die Landeszentrale sein.

Die Frage, in welcher Rechtsform die Änderung der Landeszentrale durchgeführt werden sollte, ob nun in einer GmbH oder nicht, ist für den SSW erst einmal zweitrangig. Wichtig ist, dass wir uns gemeinsam auf ein zukunftsweisendes Konzept einigen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung erteile ich jetzt der Kultusministerin, deren Part heute von Frau Ministerin Moser übernommen wird.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Haus ist sich einig, wir sind uns einig: Politische Bildung ist für eine funktionsfähige Demokratie unverzichtbar.

(Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU] und Thorsten Geißler [CDU])

Das **Erlernen von Demokratie** bleibt unverändert notwendig; Themen und Aufgabenstellungen dagegen ändern sich. Ich weiß nicht, ob wir uns auch noch einig sind, wenn wir sagen: Organisationsformen können sich ändern. Politische Bildung ist nämlich heute keineswegs allein Angelegenheit des Staates oder einer staatlichen Stelle wie der Landeszentrale für Politische Bildung.

(Beifall bei der SPD)

Sie ist eine bürgerschaftliche Aufgabe. Ich bin doch immer wieder irritiert, dass es bei programmatischen Äußerungen von FDP und CDU häufig um Staatsferne geht, um Modernisierung und Effizienzsteigerung durch Rückzug des Staates, wenn man aber im wirklichen Leben auf diesem Weg zu einer Status quo-Änderung kommt, eine unglaubliche Staatsgläubigkeit ausbricht. Sie müssen mir einmal erklären, wie man das verstehen soll.

Die Landesregierung will dem bürgerschaftlichem Engagement auf diesem Gebiet auch institutionell Rechnung tragen. Die von der Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave eingesetzte Arbeitsgruppe hat hierzu vorgeschlagen, die **Landeszentrale für Politische Bildung** in eine **gemeinnützige GmbH** umzuwandeln, in der alle demokratischen Kräfte Verantwortung übernehmen und sich aktiv und dauerhaft beteiligen können.

Dies ist ein praktikabler Vorschlag, den wir mit den gesellschaftlichen Gruppen erörtern werden. Viele der im Antrag der CDU-Fraktion genannten Einzelpunkte folgen auch nach unserer Wahrnehmung dieser Grundlinie der beabsichtigten Reform, also der Entwicklung der Landeszentrale zu einer Serviceeinrichtung für alle Anbieter politischer Bildung in Schleswig-Holstein.

(Ministerin Heide Moser)

Allerdings stellt sich doch die Frage, ob die Einzelpunkte des CDU-Antrags alle hinreichend passend sind zu dieser Grundlinie, ob sie hinreichend durchdacht sind, insbesondere ob das Engagement der Volkshochschulen und der vielen anderen Anbieter durch die dort genannten Einzelpunkte wirklich unterstützt werden kann. Ich nenne beispielhaft nur zwei Punkte.

Erstens. Der Bericht der Arbeitsgruppe zur Reform der Landeszentrale für Politische Bildung macht deutlich, dass zwischen der Entwicklung der Inhalte, der Organisation und dem Marketing von Veranstaltungen sowie der praktischen Durchführung zu unterscheiden ist. Ob die wissenschaftliche Aufarbeitung politischer Problemstellungen - wie es bei der CDU heißt - wirklich Aufgabe der Landeszentrale sein muss, möchte ich bezweifeln. Hierfür haben wir die Hochschulen und die wissenschaftlichen Einrichtungen wie etwa das IZRG.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Zweitens. Die Anbieter politischer Bildung werden zu Recht danach fragen, ob es wirklich eine Koordination von Angeboten in der im Antrag vorgestellten Weise geben darf. Politische Bildung lebt ja gerade von der Vielfalt und auch von der inhaltlichen Pluralität.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ja, deshalb soll es jetzt einen zentralen Lenkungsausschuss geben!)

Insofern hat Frau Spoorendonk darauf hingewiesen, dass verordnete politische Bildung nach einem einheitlichen Maßstab nicht die Vorstellung des SSW trifft; sie trifft auch unsere nicht. An dieser **Pluralität und Vielfalt** darf nicht gerüttelt werden.

Das Kuratorium für politische Bildung hat sich vor zwei Tagen mit dem eben angesprochenen Bericht der Arbeitsgruppe zur Reform der Landeszentrale befasst. Wir werden die Reformvorschläge jetzt einer breiten Diskussion zuführen und um die Stellungnahmen der gesellschaftlichen Gruppen bitten. Damit - wenn Sie so wollen - wird die Reform selbst ein Stück politische Bildung. Wir wollen einen breiten Konsens darüber herstellen, wie die unbestritten auch künftig erforderliche öffentliche Verantwortung für politische Bildung organisiert werden soll.

Ich bin sicher, dass am Ende eines breiten Diskussionsprozesses nicht nur ein neues Verständnis der Rolle des Staates bei der politischen Erwachsenenbildung, sondern ebenso ein neu angefachtes breites Engagement für die politische Bildung stehen wird.

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne ist der Diskussionsprozess eröffnet und wird im Ausschuss und weit darüber hinaus in diesem Lande stattfinden, und zwar mit Erfolg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wer den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/1263, in den zuständigen Bildungsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Somit einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Daughter's Day

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1248

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Dem ist nicht so. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort für die antragstellende FDP-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Christel Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es erfüllt die Opposition immer mit Freude, wenn sie dem Regierungslager ein Schnippchen schlagen kann. Gleichzeitig macht es nachdenklich, denn es zeigt, dass die Regierung ihren eigenen Ansprüchen nicht immer genügt. So auch hier.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut! - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Gender Mainstreaming!)

Ich zitiere aus dem rot-grünen Koalitionsvertrag, der zumindest offiziell noch gültig ist. Oder? - Ja.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf Seite 14 heißt es:

„Wir wollen eine Ausweitung des Angebots an Ausbildungsplätzen in Berufen der Informations- und Kommunikationstechnologie erreichen und Mädchen und Frauen stärker für technische Berufe gewinnen... Wir wollen besondere Beschäftigungsinitiativen für Frauen ins Leben rufen.“

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Das ist die Theorie. Jetzt ein Beispiel aus der Praxis.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die gibt es gar nicht!)

Ein Unternehmen ergreift die Initiative, um **Schülerinnen** über berufliche Anforderungen und Möglichkeiten im eigenen Unternehmen zu informieren. Es greift dabei eine in den USA weit verbreitete Praxis auf: den Tag der Tochter - Daughter's Day. Das Unternehmen veranstaltet einen kleinen Tag der offenen Tür, extra für die Töchter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Töchter sollen nicht nur sehen, wo Mutter oder Vater das tägliche Brot verdient; sie werden auch gezielt über **Berufsperspektiven** unterrichtet, und zwar von denjenigen, die den Markt und die Anforderungen bestens kennen. Praxisbezogener kann man solches Wissen wohl nicht vermitteln.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Was passiert? - Die Schulbehörden dieses Landes verweigern den Töchtern die Teilnahme.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich! Skandal!)

In fast jeder Tagung reden wir über die Probleme von **Frauen im Arbeitsmarkt**. Wenn ich es richtig sehe, werden wir im November über einen entsprechenden Bericht diskutieren. Wenn es vom Reden ans Handeln gehen soll, dann geht Rot-Grün als Erstes die Luft aus.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So sind die Grünen!)

Frauen sind in vielen Berufen unterrepräsentiert, die langfristig ein vergleichsweise hohes Lebens Einkommen versprechen. Alles spricht dafür, dass Frauen auch in diesen Berufszweigen genauso leistungsfähig sind wie Männer,

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Aber hallo!)

denn hohes Einkommen lässt sich heutzutage nur noch sehr, sehr selten mit Muskelkraft verdienen.

(Beifall bei FDP, CDU und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Köpfchen und zwischenmenschliches Geschick sind die gefragten Tugenden der Informationsgesellschaft. Hier stehen Frauen Männern in nichts nach.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Da meine Fraktion vollständig anwesend ist, sage ich: im Gegenteil!

Oftmals fehlen Schülerinnen allerdings realistische Informationen über Berufsfelder, die noch überwie-

gend Männerdomänen sind. Je persönlicher die Information zugeschnitten ist, auf deren Grundlage Menschen eine der wichtigsten Entscheidungen ihres Lebens treffen, nämlich die Entscheidung, womit sie ihren Lebensunterhalt verdienen wollen, desto besser.

Wenn private Unternehmen freiwillig die Initiative ergreifen und Kosten - übrigens nicht geringe - auf sich nehmen, um in ihrem Bereich solches Wissen zu vermitteln, dann sollte sich die Bürokratie nicht dagegen sperren

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

- schon gar nicht, wenn die Anstrengungen der Unternehmen genau auf der Linie der Regierung liegen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Wenn die Landesregierung solch kleine Pflänzchen zertritt, muss sie sich nicht wundern, wenn die Ernte mager bleibt.

Ein vermeintlich gewichtiges Argument gegen den Tag der Tochter wäre der ausfallende Unterricht. Wir haben das in der Fraktion sehr eingehend diskutiert.

(Beifall bei der FDP - Klaus Schlie [CDU]: Davon sind wir überzeugt!)

Wenn - wie in Schleswig-Holstein - zehn Schuljahre rechnerisch nur noch neun Unterrichtsjahre bedeuten, wiegt zusätzlicher Ausfall natürlich schwer. Aber wir müssen prüfen, was die Kinder dafür bekommen, wenn sie einen Tag Unterricht für den Tag der Tochter opfern. Sie bekommen aus erster Hand Wissen über die Arbeitswelt, das ihnen im Unterricht nicht vermittelt werden kann - zusätzliches Wissen, das vielleicht mehr wiegt als das Wissen, das sie an diesem Tag in der Schule erwerben würden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Deshalb ist der normale Unterrichtsausfall wegen politisch verursachten Lehrermangels nicht der richtige Maßstab für den Tag der Tochter.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Dieser Tag ist den Ausfall wert.

Wir alle wollen Frauen bessere berufliche Chancen ermöglichen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es! - Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hierzu ist Information das Wichtigste, um Schülerinnen bessere Grundlagen für ihre eigene Berufsent-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

scheidung zu geben. Dazu gehören auch Informationen direkt aus dem Arbeitsleben.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer könnte die besser vermitteln als potenzielle Arbeitgeber vor Ort, sozusagen am potenziellen Arbeitsplatz?

Dieser preiswerten Steigerung der Chancen unserer Töchter sollte sich die Landesregierung nicht in den Weg stellen. Deshalb bitten wir um Ihre Zustimmung. Machen Sie den Weg frei für diesen Tag der Tochter in Schleswig-Holstein!

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

Es bedarf dagegen keiner staatlichen Initiative und es bedarf auch keiner Steuergelder dafür. Das ist doch eine tolle Message.

(Anhaltender Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Birgit Herdejürgen.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Auf die Frage, was sie beruflich machen wollen, antwortet eine Fünfjährige: „Pilotin, Lehrerin, Walschützerin“,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Kampffliegerin!)

eine Zehnjährige: „Pferdezüchterin, Erzieherin, Feuerwehrfrau“, und eine Fünfzehnjährige: „Verkäuferin, Bürokauffrau, Arzthelferin“.

Diese Aussagen machen deutlich, was auch andere Forschungsergebnisse bestätigen: Nahezu alle Mädchen haben bis zu einem Alter von elf Jahren ein solides und klares Selbstvertrauen. Dies verliert sich zum Teil in der darauf folgenden Zeit mit entsprechenden Auswirkungen auf das Berufswahlverhalten. Das gilt natürlich nicht nur für Mädchen.

Sowohl Mädchen als auch Jungen haben den starken Wunsch, über den Beruf die Geschlechtsidentität zu stärken. Die Wahl eines eher geschlechtsuntypischen Berufes bedarf einer sehr starken Interessenausprägung, der Fähigkeit, diese Wahl gegenüber Gleichaltrigen beziehungsweise der Familie zu vertreten, und der Bereitschaft, während der Ausbildung mit einer Minderheitenposition umgehen zu können.

Am **Berufswahlverhalten** von **Mädchen** hat sich innerhalb der vergangenen 20 Jahre nicht sehr viel verändert. Viele Mädchen ergreifen bis heute traditio-

nelle Frauenberufe mit bekanntlich oft schlechten Zukunftsaussichten und Verdienstmöglichkeiten. Mädchen verknüpfen den Bereich der Berufsplanung weiterhin eng mit der Lebensplanung und beziehen Phasen der Familienarbeit automatisch in die eigene berufliche Perspektive mit ein. Sie berücksichtigen bei der Berufswahl Faktoren wie Möglichkeiten von Teilzeitarbeit und Wiedereinstieg nach einer Familienphase. Durch diese Doppelstrategien grenzen sie bestimmte Berufe und Karrierewege automatisch aus.

Kampagnen und Projekte, die das Berufswahlverhalten von Mädchen ändern wollten, konnten die Probleme nicht entscheidend lösen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Dies zeigt ein Vergleich der Hitlisten der beliebtesten Berufe im Zeitablauf.

Wir müssen also umdenken. Der Daugther's Day oder Girl's Day bietet einen Ansatzpunkt, der sehr viel mehr als bisherige Projekte auf Öffentlichkeitswirkung setzt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Der grundsätzliche Ansatz ist aber auch ein anderer als in der Vergangenheit. Es reicht offenbar nicht zu sagen: „Mädels - ihr könnt doch!“ Dass Mädchen in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern und im handwerklichen Bereich hervorragende Leistungen bringen, ist - denke ich - unumstritten.

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

Wenn sie sich aber trotzdem bei der Berufswahl - ich verkürze das - auf den sozialen Bereich konzentrieren, dann müssen wir das erst einmal akzeptieren. Wir sollten dies als Ausgangspunkt für eine zukünftige Politik nehmen.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Richtig!)

Wir müssen gemeinsam mit der Wirtschaft herausstellen, dass kommunikative Fähigkeiten, soziale Kompetenz, Teamfähigkeit auch in technischen Berufen einen hohen Stellenwert haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Wir müssen darstellen, dass die Interessen von Mädchen und zu einem Teil eben auch die mit dem Rollenverständnis verbundenen Erwartungen nicht im Widerspruch zu einem Beruf in vordergründigen Männerdomänen stehen, sondern dass vielfach das Gegenteil der Fall ist.

(Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Sehr schön!)

(Birgit Herdejürgen)

Der Girl's Day oder Daugther's Day kann hier einen positiven Beitrag leisten, unter anderem dadurch, dass er auf Vorbilder setzt, die einen Beitrag dazu leisten können, alte Klischees aufzubrechen.

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

Natürlich gibt es - wenn auch unterrepräsentiert - jede Menge Frauen, die zum Beispiel in technischen Berufen ausgezeichnete Arbeit leisten. Und - auch dieser Punkt ist nicht unerheblich - sie können auch Vorbild dafür sein, wie es gelingt, den Spagat zwischen Familie und Beruf zu bewältigen.

Frau Aschmoneit-Lücke, die Idee des Daugther's Day ist für Schleswig-Holstein nicht ganz neu, wenn auch unter anderer Bezeichnung,

Aus dem zuständigen Ministerium kommen Initiativen wie der Mädchen-Technik-Tag oder die erfolgreich durchgeführte Berufsinformationsmesse für Mädchen. Leider ist bisher das Interesse der **Wirtschaft** an einem **Girl's Day** eher mau. Hier muss nachgebessert werden, natürlich auch was die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse angeht.

(Beifall bei SPD, FDP und SSW)

Wir täten daher gut daran, uns aus Gründen der Öffentlichkeitswirksamkeit in Richtung der Unternehmen der bundesweiten Kampagne anzuschließen. Schließlich ist auch der Wirtschaft zu wünschen, dass sie sich das Potenzial motivierter und kompetenter junger Frauen erschließt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und FDP)

Der nächste Girl's Day startet am 25. April 2002 - hoffentlich auch in Schleswig-Holstein mit gutem Erfolg. Die SPD-Fraktion unterstützt nachdrücklich den Antrag der FDP.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir sehen darin einen ersten Schritt für eine auf wirtschaftliche Unabhängigkeit angelegte und auf einem breiten Spektrum beruflicher Auswahlmöglichkeiten basierende Zukunft junger Frauen im 21. Jahrhundert.

(Beifall bei SPD, FDP und SSW sowie des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile jetzt für die Fraktion der CDU der Frau Abgeordneten Ursula Sassen das Wort. Sie übernimmt heute die Aufgabe, für die erkrankte Kollegin Scheicht den vorgesehenen Beitrag zu leisten.

Ursula Sassen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Man kann das hochfahren!)

- Ganz ruhig!

(Heiterkeit)

Ich bedauere sehr, dass die Kollegin Jutta Scheicht krank ist. Ich soll Sie an dieser Stelle von ihr ganz herzlich grüßen. Ich bedauere auch, dass sie ihre Rede zu diesem Thema nicht selbst vortragen kann. Meine wäre vielleicht etwas anders ausgefallen.

(Heiterkeit - Zuruf von der SPD: Wie denn?)

Das sollte keine Kritik an der Kollegin Scheicht sein, ich habe das nur wegen des Themas gesagt. Ich bitte um Entschuldigung.

(Beifall der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt geht es los.

(Heiterkeit)

Zu keiner Zeit hatten Mädchen so hochwertige Bildungsabschlüsse wie heute. Und auch die Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit konnten in den letzten Jahren beträchtlich verbessert werden. Stichworte wie Teilzeitarbeit, Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Eingliederungshilfen nach einer Erziehungspause sind nur wenige Beispiele dafür. Trotzdem ist es bis heute nicht gelungen, die tatsächliche **Gleichberechtigung** von **Frauen** und **Männern** im **Beruf** durchzusetzen.

Daughter's Day - was sagt Ihnen das? Mir fiel bei diesem Begriff, Titel oder wie auch immer wir es umschreiben wollen, nicht der „Tochtertag“ wie es übersetzt heißt, sondern der Muttertag ein. Noch so ein Tag, der etwas Einmaliges hervorheben soll, war mein erster Gedanke. Aber dann musste ich feststellen, dass damit einfach nur eine - wie man es zu meiner Schulzeit nannte - praktische Projektwoche oder eine Art von Praktikum gemeint war.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]: Nein!)

An den Fachhochschulen in unserem Land wird dies auch als Schnupperkurs bezeichnet. In den jetzigen neuen Bundesländern hieß es Frauen-Technik-Woche. Dieser Begriff der Frauen-Technik-Woche kommt dem Daughter's Day wohl am nächsten. Man könnte statt

(Ursula Sassen)

englisch Daughter's Day zu Deutsch auch Tag der **Berufsfindung** für Frauen und **Mädchen** sagen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nee! - Unruhe)

Dieser Tag oder vielleicht auch eine Woche Wirtschaft oder Technik im Betrieb, aber auch an unseren Fachhochschulen in Schleswig-Holstein, wäre sicherlich eine gute Maßnahme, um bestehende Vorurteile zu bestimmten Berufen abzubauen und das Interesse an anderen Berufen zu wecken.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [FDP]: In die Betriebe!)

Oftmals fehlt den Mädchen und Frauen nur die praktische Auseinandersetzung mit den üblichen Männerberufen. Der Mut von Frauen, einen bisher männlich dominierten Beruf zu ergreifen, ist oft ein schwerwiegendes Handicap, das selbst durch überdurchschnittliche Leistungen der Frauen kaum zu kompensieren ist. Das gilt schon lange, obwohl heute zum Beispiel eine größere Akzeptanz gegenüber Ingenieurinnen herrscht.

Zwar haben viele große Unternehmen wie IBM, Volkswagen oder Siemens spezielle Frauenförderprogramme für die technischen Unternehmensbereiche im Angebot, zum Beispiel die Teilzeittinitiative der Telekom, jedoch wird nur ein Drittel der Arbeitsplätze der Ingenieure von der Großindustrie bereitgestellt. Den größten Teil der Stellen vergibt der Mittelstand und dort herrschen andere Zwänge. Außerdem überwiegt immer noch eine traditionelle Haltung.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deshalb ist es außerordentlich wichtig für junge Frauen, dass sie in der Berufsfindungsphase Identifikationsmöglichkeiten finden. Es muss deutlich werden, dass Mädchen und Frauen genauso gut wie Männer jeden Beruf, an dem sie interessiert sind und für den sie Talent haben, erlernen können.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Dadurch wird Ihnen ein gestärktes Selbstvertrauen und unserer Gesellschaft ein Stück neue Normalität gegeben.

Da über die praktische Umsetzung Ihres Antrages noch Beratungsbedarf besteht, beantragen wir die Überweisung in den Bildungsausschuss. - So weit die Kollegin Jutta Scheicht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sehr gut! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein!)

Gestatten Sie mir noch einen persönlichen Satz. Zur Verwirklichung von Gender Mainstreaming bedarf es

meiner Auffassung nach nicht noch eines neuen Begriffs, der vielleicht neue nette Glanzbroschüren nach sich zieht, wenn der gleiche Effekt auch anders erreicht werden kann.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich danke Ihnen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Was Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Irene Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Ursula Sassen, ich möchte dich, Sie gern bitten - wir dürfen hier ja immer nur „Sie“ sagen -, meine besten Grüße und Wünsche an Frau Scheicht mitzunehmen. Die Rede, die Sie hier vorgelesen haben, war aus meiner Sicht bisher die Beste. Sie war sehr persönlich, interessant, kreativ und sehr eigenständig. Ich denke, auch das sollte in diesem Landtag einen Wert haben.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [FDP]: So eine Schleimspur, die Sie hier hinterlassen!)

Die FDP spricht von „Daughter's Day“. In den USA, woher dieser Tag stammt, heißt es „take our daughters to workday“ und das Bundesministerium für Bildung und Forschung spricht von „Girl's Day“. Allen gemein aber ist das Ansinnen, Mädchen und junge Frauen möglichst früh in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken und ihnen vielfältige Wege und Möglichkeiten im Rahmen der Erwerbstätigkeit nahe zu bringen. Frauen von Morgen sollen und wollen ihre Frau im Erwerbsleben stehen und eine eigene Unabhängigkeit leben. Daran arbeiten wir, daran arbeitet die Ministerin. Frau Aschmoneit-Lücke, mit Ihrem Antrag rennen Sie deshalb bei uns offene Türen ein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann können Sie ja zustimmen!)

Mit dem Girl's Day, einem Zukunftstag für Mädchen, startete in Deutschland am 26. April 2001 zum ersten Mal eine bundesweite Kampagne, die eine Trendwende in der **Berufsorientierung** für **Mädchen** herbeiführen soll. In Deutschland entsteht damit ein bundesweites Aktionsbündnis von Unternehmen, Beschäftigten und Eltern, das den Mädchen einen neuen Blick auf

(Irene Fröhlich)

die Berufswelt eröffnet. Denn Mädchen sind das Arbeitspotenzial der Zukunft!

Schon vor rund 20 Jahren wurden einzelne Kampagnen gestartet, um das **Berufswahlverhalten** von Mädchen und jungen Frauen zu verändern und ihr Berufswahlspektrum zu erweitern. Am Berufswahlverhalten von Mädchen hat sich bis heute allerdings noch nicht viel geändert. Das hat sicher auch etwas mit dem Verhalten der Männer zu tun. Oftmals fehlt es nämlich an der Bereitschaft, den anderen Teil der lebenspraktischen Tätigkeit zu übernehmen, nämlich in die Kindererziehung und Kinderbetreuung einzusteigen und sie mitzumachen und mit zu übernehmen. Die Mädchen haben ein sicheres Gespür dafür, was sie erwartet, wenn sie sich den anderen Wunsch erfüllen, der auch in ihnen lebt, sich mit einem Mann zusammenzutun und eine Familie zu gründen. Was ihnen dabei blüht, das wissen sie ziemlich genau. Deshalb ist die Initiative aus dem Frauenministerium „Mann-Teilzeit“ zum Beispiel ein wichtiger Schritt bei der Bewältigung dieser Probleme.

Viele Mädchen ergreifen bis heute traditionelle Frauenberufe - Frau Herdejürgen hat darauf hingewiesen -, die oft schlechte Zukunftsaussichten und Verdienstmöglichkeiten bieten. Mehr als die Hälfte aller Mädchen wählen ihre Ausbildung aus gerade einmal zehn Berufen. Dabei stehen Arzthelferin, Frisörin und Verkäuferin deutlich an der Spitze. Es ist unübersehbar, dass sich heute wesentlich mehr Institutionen und Projekte als je zuvor um die Frage der Berufsorientierung von Mädchen bemühen und dazu beitragen, Mädchen besser über Berufsalternativen zu informieren. Durch die bundesweite Ausrichtung und das einheitliche Datum konnte der Girl's Day eine bislang einmalige Breitenwirkung erzielen. Viele Unternehmen haben bereits mit gutem Erfolg Mädchen-Technik-Tage oder Veranstaltungen zur Berufsorientierung von Mädchen durchgeführt.

Wir in Schleswig-Holstein sind in diesem Arbeitsfeld im Rahmen der Frauenoffensive aktiv.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich darf um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit bitten. Das ist der letzte Tagesordnungspunkt mit Aussprache. Danach kommen nur noch Tagesordnungspunkte ohne Aussprache, die allerdings auch noch die Anwesenheit erfordern. Bis dahin sollten wir uns auf die Redner konzentrieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Besonders hervorzuheben sind hier nicht nur die guten Kontakte des Frauenministeriums zur Industrie- und Handelskammer und in die Wirtschaft, sondern auch die kürzlich mit überragendem Erfolg durchgeführte Veranstaltung „Girls just do it“.

Diese positiven Ansätze sollen mit dem **Girl's Day** in den kommenden Jahren noch deutlich verstärkt und unterstützt werden, bundesweit und in Schleswig-Holstein unter anderem durch den Mädchen-Technik-Tag 2001.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einer gut ausgebildeten Generation von Mädchen sollen weit reichende Zukunftsperspektiven eröffnet werden. Der Girl's Day soll den Mädchen Mut machen, auch frauenuntypische Berufe zu ergreifen.

In diesem Jahr bildeten daher Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche und Forschungseinrichtungen den Schwerpunkt der Kampagne. Durch die Beteiligung des gesamten Umfeldes, also Familie, Schule, Medien und Arbeitgeberinnen, am Girl's Day sind alle Personen, die im Leben der Mädchen eine wichtige Rolle spielen, einbezogen.

Forschungsergebnisse wurden hier bereits zitiert. Das kann ich mir also sparen. Mädchen haben ein gutes Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein, etwa bis sie in die Pubertät kommen. Dann ist es vorbei. Das mag mit dem zu tun haben, was ich vorhin gesagt habe - falls Sie mir so weit folgen wollen.

(Heiterkeit des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Durch den Girl's Day in Deutschland sollen den Mädchen ihre Fähigkeiten und Stärken bewusster gemacht werden. Die Mädchen sollen ermutigt werden, sie zu erhalten und fortzuentwickeln und eine demgemäße Berufswahl zu treffen. Auf diese Weise sollen die Mädchen in ihrer optimistischen Grundeinstellung und Eigenverantwortlichkeit gestärkt werden.

Mädchen haben bei der schulischen Ausbildung heute mit den Jungen gleichgezogen. Im Bereich der beruflichen Ausbildung und bei der Ausübung der Erwerbstätigkeit klaffen jedoch nach wie vor die gleichen Lücken. Das haben nicht nur die Mädchen zu verantworten. Da sind alle gefordert, ganz besonders die Männer.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich der Sprecherin, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, dass die derzeitige Situation von **Frauen** auf dem **Arbeitsmarkt** immer noch ein gesellschaftliches Problem darstellt - das macht jedenfalls der Bericht der Landesregierung zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt deutlich -, das heißt, wenn wir es ernst meinen, dass Männer und Frauen auf dem Arbeitsmarkt die gleichen Chancen haben sollen. Dass wir es hierbei nicht nur mit einem deutschen Phänomen zu tun haben, zeigen uns die USA. Denn hier ist - das haben wir schon gehört - die Idee zu *Daughter's Day* entstanden. Bereits 1993 wurde diese Aktion unter dem Namen „Take our daughters to workday“ durch eine New Yorker Frauenstiftung initiiert. Hintergrund hierfür ist, dass sich Mädchen weiterhin eher an den traditionellen Frauenberufen orientieren und weniger an den so genannten technischen Berufen.

Mittlerweile - auch das wissen wir - hat sich diese Situation jedoch verbessert. Das belegt eine Meinungsumfrage aus dem Jahre 1999 unter jungen Erwachsenen in den USA. Hier wird deutlich, dass Mädchen inzwischen aus einem viel größeren Spektrum beruflicher Möglichkeiten auswählen als noch vor zwölf Jahren. Aber wir brauchen nicht zu schauen, was in den USA passiert. Wir haben ähnliche Umfragen, die das Gleiche belegen.

Die Zeitschrift „Emma“ propagierte deshalb diese Idee für Deutschland. Daraus ist in der Bundesrepublik der **Girl's Day** oder der Mädchenzukunftstag mit Hilfe von Gewerkschaften und dem Bundesministerium entstanden. Dieser Aktionstag wurde erstmalig - auch das haben wir schon gehört - am 26. April dieses Jahres durchgeführt. Die Gründerinnen dieses Aktionstages gehen davon aus, dass die Mädchen verschiedene berufliche Möglichkeiten und unübliche Karrieren kennen lernen sollten, damit sich ihre spätere Ambition für eine Erwerbstätigkeit steigert und damit sie Mut bekommen, unübliche Karrieren zu machen.

Väter und Mütter nehmen ihre Töchter mit zu ihren oder von ihnen vermittelten Arbeitsplätzen und unterstützen die Schulen in diesem Bereich; Arbeitgeber sollten den Mädchen vor allem Tätigkeiten aufzeigen, die deren eigene Wertschätzung erhöhen: So heißt es im Konzept.

Was geschieht mit den Jungen? Auch diese Frage könnte man stellen. Es ist vorgesehen, dass diese in

den Schulen bleiben und einen besonderen Schultag erleben.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bitte um die notwendige Aufmerksamkeit für die Rednerin.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Sie sollten sich an diesem Tag mit der Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen, mit den Geschlechterrollen und vor diesem Hintergrund mit ihrer eigenen späteren Rolle als Kollege, Vater und Partner beschäftigen.

So also sieht das Konzept aus. Es muss aber - das will ich noch hinzufügen - auch darum gehen, dass klassische Frauenberufe für Jungen zugänglich gemacht werden.

(Beifall bei SSW und FDP)

Ich nenne als Stichwort aus meiner Sicht die Grundschulen, wo der Lehrkörper fast ausschließlich weiblich ist.

Der Bericht zur Situation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt, den ich vorhin schon zitiert habe, sagt hierzu, dass Frauen vor allem im Dienstleistungssektor und im Bereich Handel und Verkehr tätig sind. Wir meinen, dass auch hier darauf hingearbeitet werden muss, dass vorhandene **Geschlechterrollen** auf dem Arbeitsmarkt aufgebrochen werden. Stichwort ist Gender Mainstreaming.

Aus der Sicht des SSW ist Schleswig-Holstein mit seiner Vielzahl von Betrieben für einen *Daughter's Day* nicht nur geeignet, sondern sollte sich auch aktiv an der nächsten bundesweiten Aktion, das heißt am 25. April nächsten Jahres, beteiligen. Wir meinen weiterhin, dass sich so eine Aktion nicht auf größere Betriebe beschränken, sondern auf Handwerksbetriebe ausgedehnt werden sollte,

(Beifall bei SSW und FDP)

weil die für Schleswig-Holstein ein Merkmal sind. Wir wissen ja, dass der Anteil von Frauen in handwerklichen Betrieben auch weiterhin sehr gering ist. Daher sollte darauf hingewirkt werden, dass sich diese Betriebe beteiligen. Wir müssen erreichen, dass den jungen Mädchen vielleicht weniger die Angst vor technischen und handwerklichen Berufen genommen wird, sondern eher die Unlust. Hier kann ich nur der Kollegin Herdejürgen Recht geben. Aus Umfragen wissen wir, dass junge Mädchen lieber mit Menschen zu tun haben wollen. Wir müssen ihnen also die Unlust

(Anke Spoorendonk)

nehmen, sich technischen oder handwerklichen Berufen zuzuwenden. Insgesamt müssen wir erreichen, dass junge Menschen auf breiter Basis ihre Berufswahl treffen.

(Beifall bei SSW, SPD und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich bedanke mich dafür, dass wir in Zukunft die Aufmerksamkeit nur noch auf die Redner konzentrieren. Es gibt eine Wortmeldung nach § 56 Abs. 4. Das ist der Abgeordnete Uwe Greve. Danach hat die Ministerin das Wort.

Uwe Greve [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Abschluss eines Tages vor den Ferien sollten wir noch einen Gedanken mit in den Urlaub nehmen: die Sprache in unserem Parlament. Es gibt einen Unterschied zwischen „Sprache beherrschen“ und „sich ihrer bedienen“. Ich meine, diesen Unterschied gibt es. Mit anderen Worten: Ein Land, das seine Sprache nicht pflegt, ist wie ein Mensch, der keine Körperpflege betreibt, jedenfalls für mich.

Wenn ich jetzt den Begriff „Daughter's Day“ im Auge habe - denken Sie bloß nicht, dass ich zu denen gehöre, die Sprachreinigung betreiben wollen; es gibt eine Menge englischer Begriffe, die eine sinnvolle Ergänzung der deutschen Sprache darstellen -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Hamburger!)

wenn wie in diesem Falle ein Begriff gewählt wird, zu dem drei Sätze Erklärung gebracht werden müssen, dann bin ich doch der Überzeugung, dass wir uns ein wenig unserer eigenen deutschen Sprache bedienen könnten. Ich möchte daran erinnern, dass Käthe Kollwitz bereits 1921 - und nicht erst sehr viel später, wo Sie sich auf die USA berufen - jungen Frauen Mut gemacht hat, in Männerberufe zu gehen.

Einmal daran zu denken, dass es auch deutsche Traditionen in diese Richtung gibt, scheint mir sehr wertvoll zu sein.

(Unruhe)

Wenn es einen guten deutschen Begriff gibt, sollten wir nicht unbedingt in eine Sprache verfallen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie heißt das denn dann?)

die nicht unsere eigene ist. Im Zeitgeist deutsch ist es natürlich „in“ und „up to date“, so zu verfahren. Ich weiß, dass das bei einigen in diesem Saal nicht populär ist, ich halte es aber für wichtig, das einmal gesagt zu haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie heißt der Begriff denn nun?)

Der große dänische Philosoph Kierkegaard hat das schöne Wort geprägt: „Wer sich mit dem Zeitgeist verheiratet, wird bald Witwer sein.“ Das ist ein Wort, das mir in dem Zusammenhang einfällt, wenn ich sehe, wie auch Frau Birk eben mit englischen Sprachbrocken um sich warf, und zwar mit Begriffen, zu denen es sehr gute deutsche Wörter gibt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das war Frau Fröhlich! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann nennen Sie doch einmal einen solchen deutschen Begriff!)

Ein Letztes, liebe Freunde! - Lassen Sie mich das ruhig zu Ende bringen.

(Unruhe)

Ich weiß doch, es ist heute populär, mit englischen Sprachbrocken um sich zu werfen. Aber Sie sollten einmal darüber nachdenken, alle sollten darüber nachdenken, ob man sie ständig benutzen muss und ob es günstig ist. Wenn viele von uns heute oder morgen zum Beispiel nach Spanien fahren,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann sprechen Sie spanisch!)

dann werden Sie entdecken, dass die Lufthansa in spanischen Zeitungen in Spanisch wirbt. In Deutschland jedoch wirbt die Lufthansa in Englisch. Ich sage das nur einmal zum Nachdenken, dann, wenn Sie nach Hause fahren, die eigene Sprache etwas besser zu beurteilen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung hat jetzt die zuständige Ministerin Lütkes.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber auf Deutsch!)

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass der Landtag fast geschlossen die Gedanken des Frauenministeriums vertritt

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bis auf die Grünen!)

und einen Daughter's Day begrüßt. Bei der Beurteilung dieses Begriffs sollten wir zum einen ausgehen, dass sich diese Gesellschaft zu einer internationalen

(Ministerin Anne Lütkes)

entwickelt, und zum anderen bedenken, dass wir den Empfängerhorizont zu beachten haben. Der Daughter's Day richtet sich an die junge Mädchengeneration, an die Girlies, und die wissen, worum es geht.

Daughter's Day ist von der Geschichte her eine Entwicklung - Sie haben es eben schon gehört -, die aus Amerika kommt und die wir ordnungsgemäß in den Koalitionsvertrag, aber ebenso ordnungsgemäß in die Vorhaben der Landesregierung aufgenommen haben. Der Tag steht fest: Der 25. April des nächsten Jahres wird es sein. Mein Ministerium arbeitet an der Vorbereitung. Wir sind in intensiven Diskussionen mit den unterschiedlichsten Verbänden der Wirtschaft.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ein bisschen mehr Ruhe! - Danke.

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Ich bedanke mich ausdrücklich, dass die FDP diese Initiative unterstützt, denn wir wissen aus der Vergangenheit, dass sich die Wirtschaft in Schleswig-Holstein an diesem Gedanken wenig beteiligt hat. Wenn die FDP es auch voranträgt, werden wir hier bestimmt ein gutes Stück vorankommen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mit Sicherheit!)

Insofern vielen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir sind auch in der Debatte mit dem Bildungsministerium ein gutes Stück vorangekommen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmo-
neit-Lücke [FDP])

Eben wurde schon die **Berufsinformationsmesse** „Girls just do IT“ erwähnt,

(Holger Astrup [SPD]: Wenn das Greve hört!)

die ein sehr großer Erfolg war. Sie war auch deshalb ein sehr großer Erfolg, weil das Bildungsministerium diese Messe unterstützt hat. Die Mädchen - es waren insgesamt 1.300 -, die diese Messe hier in der Fachhochschule in Kiel besucht haben, konnten natürlich auch den Schultag benutzen mit Unterstützung ihrer Lehrerinnen und Lehrer, die mit auf der Messe waren und das Ganze auch pädagogisch begleitet haben. Das war ein großer Erfolg und ein guter Schritt.

Aber ebenso richtig ist es, auch die Jungen nicht zu vergessen; denn wir verbinden ja mehrere Intentionen

mit diesem Daughter's Day: Zum einen, dass Familien, insbesondere Väter, ihre Töchter mitnehmen und ihnen zeigen, wie der berufliche Alltag ist. Sie wissen ja, man sieht nur, was man weiß, und das Wissen muss auch vermittelt werden. Zum anderen steht dahinter auch die ganz grundsätzliche Debatte um die **Rollenverteilung** in dieser Gesellschaft. So wie Mädchen sehen lernen müssen, dass sich ihre Rolle ganz anders entwickeln kann, als sie herkömmlich, traditionell sein sollte, müssen das auch Jungen sehen, erfahren und Wissen in ihr eigenes Rollenverhalten umsetzen. Insofern darf es auch nicht so sein, dass Mädchen quasi durch den Daughter's Day schulfrei haben und die Jungen nur aufgrund der Tatsache, dass sie Jungen sind, „nachsitzen“ müssen. Das kann nicht Sinn der Sache sein.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten
Anke Spoorendonk [SSW])

Das ist auch nicht richtig verstandene Frauenpolitik. Es gibt zwar den Ausdruck der positiven Diskriminierung, den wir nach wie vor in manchen Politikfeldern anwenden,

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler
[CDU])

aber in diesem Fall muss man - hier sind wir im Gespräch mit dem Bildungsministerium - für die Jungen zwar nicht die gleichen Angebote machen - es gibt eine ganz klare Notwendigkeit für einen solchen besonderen Tag für die Töchter, für die jungen Mädchen -, aber doch ein Angebot am gleichen Tag, das die Jungen ebenfalls mit dieser veränderten gesellschaftlichen Situation konfrontiert und unterschiedliche Lösungsmodelle oder Rollenverständnisse zur Diskussion stellt.

Zusammenfassend: Ich freue mich sehr, dass auch Sie der Ansicht sind, dass wir diesen Tag nächstes Jahr durchsetzen sollten. Durchsetzen müssen wir ihn nämlich, denn er braucht eine Akzeptanz besonders beim **Mittelstand**. Aber ich bin guten Mutes, dass das nächste Jahr in Schleswig-Holstein ein voller frauenpolitischer Erfolg, aber auch ein wirtschaftspolitischer Erfolg werden wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Jetzt haben wir nach der Geschäftsordnung zwei Möglichkeiten:

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Ausschussüberweisung oder Abstimmung in der Sache.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Abstimmung in der Sache! - Holger Astrup [SPD]: Ausschussüberweisung! - Zuruf von der SPD: Was denn nun?)

- Das Präsidium lässt über die Anträge abstimmen, die klar gestellt werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ausschussüberweisung! - Holger Astrup [SPD]: Ausschussüberweisung ist beantragt, Herr Präsident!)

- Wenn Ausschussüberweisung beantragt ist, dann stimmen wir jetzt darüber ab, ob der Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 15/1248, an den zuständigen Ausschuss, also an den Bildungsausschuss - -

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wirtschaftsausschuss! - Werner Kalinka [CDU]: Sozialausschuss! - Zuruf von der SPD: Nein!)

- Mitberatend weitere? - Das ist nicht der Fall. Es wird also beantragt: Überweisung federführend an den Bildungsausschuss, mitberatend an den Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das vom Haus einstimmig so beschlossen worden.

Wir behandeln jetzt noch die Tagesordnungspunkte, zu denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 3 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Landesdisziplinarordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1228

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer das so möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so angenommen!

Tagesordnungspunkt 4:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Zweiten Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens in Norddeutschland

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1245

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 15/1298

Ich erteile dem Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Andreas Beran, das Wort.

Andreas Beran [SPD]:

Herr Präsident, ich begnüge mich diesmal damit, dass ich auf die Vorlage Drucksache 15/1298 verweise.

(Beifall)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht gibt es nicht. Eine Aussprache ist ebenfalls nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf wurde angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 5:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1257

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 15/1296

Ich erteile der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Monika Schwalm, das Wort.

Monika Schwalm [CDU]:

Herr Präsident! Der Innen- und Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf gestern beraten und empfiehlt dem Hause gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt - wie eben von der Frau Berichterstatterin vorgestellt -, den Gesetzentwurf abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf wurde mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

NEN und SSW gegen die Stimmen der CDU abgelehnt. Damit wurde der Gesetzentwurf insgesamt abgelehnt.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Einführung des automatisierten Datenabgleichs

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/1267

Änderungsantrag des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD]

Drucksache 15/1277

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/1288 (neu)

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/1289

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 15/1295

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Monika Schwalm, das Wort.

Monika Schwalm [CDU]:

Herr Präsident! Der Innen- und Rechtsausschuss hat auch über diesen Gesetzentwurf gestern Morgen in seiner Ausschusssitzung beraten. Er hat alle eingebrachten Änderungsanträge abgelehnt. Auf Wunsch des Innenministeriums hat er einige redaktionelle Änderung des Gesetzentwurfs vorgenommen. Es handelt sich um redaktionelle und keine inhaltlichen Änderungen. Sie finden sie in der Vorlage. Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum einstimmig, den Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung anzunehmen.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung in der vom Ausschuss empfohlenen und soeben vorgestellten Fassung insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung des SSW sowie der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP] angenommen. Somit wurde der Gesetzentwurf angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Sicherung der Versorgung der schleswig-holsteinischen Bauwirtschaft mit dem Rohstoff Kies

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/1250

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wer dem Antrag zustimmen will, dass die Landesregierung in der nächsten Tagung einen Bericht erteilt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es wurde einstimmig beschlossen, dass die Landesregierung in der nächsten Tagung einen Bericht erteilt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in die Veräußerung der in den Anlagen 1 und 2 bezeichneten Liegenschaften zu den dort genannten Werten an die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale

Antrag der Landesregierung

Drucksache 15/1255

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse in der Sache abstimmen, weil der Landtag darüber zu beschließen hat.

Wer zustimmen will, die entsprechenden Liegenschaften laut der Drucksache 15/1255 an die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale zu übertragen, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf:

Wellness- und Gesundheitstourismus-Standort Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1261

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wer dem Antrag in der Sache zustimmen möchte, dass die Landesregierung in der nächsten Tagung einen Bericht gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/1262

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, dass die Landesregierung in der näch-

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

sten Tagung einen Bericht erteilt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf:

Auswirkungen der Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Landtagsbeschluss vom 14. Juli 2000

Drucksache 15/242

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1175

Hier geht es darum, den Bericht federführend an den zuständigen Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag wurde vom Haus einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Entwicklung der Nebentätigkeiten nach § 85 c des Landesbeamtengesetzes und Erfahrungen der Landesverwaltung mit der Neuregelung des Nebentätigkeitsrechts

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/1256

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung federführend an den zuständigen Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mitberatend an den Finanzausschuss!)

- Zur Mitberatung an den Finanzausschuss! Weitere Vorschläge sehe ich nicht. Wir stimmen darüber ab.

Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimm-enthaltungen? - Das wurde einstimmig so beschlossen.

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich gebe Ihnen bekannt, dass die nächste Tagung des Landtages, die 17. Tagung des Landtages, am 14. November 2001 um 10 Uhr beginnen wird. Ich darf Ihnen allen bis dahin eine schöne und erholsame Ferienzeit wünschen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 12:48 Uhr